

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Preis pränumerando:
 Vierteljährlich 3,30 M., monatlich 1,10 M.,
 wöchentlich 26 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
 Nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 Abonnement: 3,30 Mark pro Quartal.
 Eingetragen in der Post-Betriebs-
 Preisliste für 1898 unter Nr. 7576.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montage.

Die Insertions-Gebühr

beträgt für die sechsgehaltene Kolonnen-
 zeile oder deren Raum 40 Pf., für
 Vereins- und Versammlungs-Anzeigen,
 sowie Arbeitsmarkt 20 Pf. Inserate
 für die nächste Nummer müssen bis
 4 Uhr nachmittags in der Expedition
 abgegeben werden. Die Expedition
 ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends,
 an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr
 vormittags geöffnet.

Korrespondenz: Amt 1, Nr. 1508.
 Telegramm-Adresse:
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 19, Neuh-Strasse 2.

Mittwoch, den 16. März 1898.

Expedition: SW. 19, Neuh-Strasse 3.

Ein Erfolg der Sammlungspolitik.

Während in den Kreisen der Sammlungspolitik nach dem Scheitern der nichtstimmigen, aber überaus bedeutungsvollen Sammlungsaufriefe böser Rassenmischer und regstes Misstrauen herrscht, haben sich die liberalen Gegner des Agrarierthums und der Hochschutzzoll- und Liebesgabenpolitik, Männer, die sich seit langem auf's heftigste in unerquidlichster Weise bekämpft haben, zur Abwehr zusammengefunden. Unter den Auspizien des deutschen Handelstages haben sich Eugen Richter, Gausmann und Richter die Hände gereicht; zahlreiche Vertreter der Großindustrie und des Großhandels haben die folgende Erklärung unterzeichnet:

Der Zeitpunkt der Reichstagswahlen ist nahe gerückt. Die Wahlen werden — wie über andere wichtige Fragen — über die zukünftige Gestaltung der Wirtschaftspolitik des Deutschen Reichs entscheiden.

Die Erfüllung agrarischer Sonderforderungen zieht notwendigerweise eine Vertheuerung der Lebenshaltung der breiten Schichten des Volkes nach sich. Hierdurch würde die Konsumfähigkeit Deutschlands geschwächt und nicht nur Industrie und Handel, sondern auch die Landwirtschaft beeinträchtigt werden. Wenn auch einzelnen Produktionszweigen durch weitere Erhöhung der Schutzzölle und den Ausschluß des auswärtigen Wettbewerbes die Möglichkeit gegeben wäre, sich theilweise schadlos zu halten, so würden doch die arbeitenden Massen und das Erwerbsleben in seiner Gesamtheit, insbesondere die Exportindustrie auf allen Märkten der Welt schwer darunter zu leiden haben.

Deutschlands wachsende Bevölkerung bedarf im Interesse aller Produktionszweige der Erhaltung und Ausdehnung der heimischen Industrie, die exportfähig bleiben muß, soll dem Aufschwunge der letzten Jahrzehnte nicht ein verhängnisvoller Rückschritt folgen.

Nur Handelsverträge von langer Dauer mit gegenseitiger Bindung der Tariffrage können jene Stabilität gewährleisten, die für die gesunde Entwicklung unseres nationalen Wirtschaftslebens unerlässlich ist. Durch das Recht der Meistbegünstigung muß der deutsche Export dagegen geschützt werden, daß ihm durch Bevorzugung anderer Nationen der Wettbewerb nicht erschwert oder unmöglich gemacht wird. Deshalb halten wir fest an der Handelspolitik der letzten Jahre, deren Fortführung und Ausbau wir erstreben.

Wir wollen die Förderung der gesamten nationalen Arbeit, nicht die Bevorzugung Weniger auf Kosten der Allgemeinheit, Wer Deutschlands wirtschaftliche und politische Machtstellung erhalten und erhöht wissen will, der Sorge an seinem Theile dafür, daß aus den kommenden Wahlen ein Reichstag hervorgehe, der die Zimmertüren einer unter dem irreführenden Schlagworte der „Sammlungspolitik“ auftretenden einseitigen Wirtschaftspolitik zurückweist und ein volles Bewußtsein für die Bedeutung und die Tragweite einer wahrhaft nationalen Wirtschaftspolitik befißt.

Es ist dies ein klares handelspolitisches A b w e h r - P r o - g r a m m gegen die Könige, Pöbde und deren nationalliberale Sklaven, es ist aber kein Programm der Einigung auf politischem Gebiete. Das was die Unterzeichner einigt, ist nicht einmal eine offen freihändlerische Stellung zu den schwebenden handelspolitischen Fragen, wie die konservative und offizielle Presse, so das Organ Miquels, des früheren Kollegen der

Caprivi und Marschall, es darzustellen beliebt, sondern nichts anderes als die Vertheidigung der Caprivi-Marschall'schen Handelspolitik gegen die hochschutzzöllnerischen Sturmfluten. Ein Theil der liberalen Presse giebt sich den Anschein, als ob sie sich vor Jubel nicht fassen könnte über die bevorstehende Bildung einer großen liberalen Partei, die von den linksnationalliberalen bis zu der deutschen Volkspartei reichen soll. Zu einer solchen Auffassung liegt aber gar keine Veranlassung vor. Und die Blätter, die heute Morgen vor Jubel sich nicht fassen konnten, müssen schon am Abend Wasser in ihren Wein gießen, denn der Kommentator Eugen Richter's in der „Freis. Zeitung“ zwingt sie zu veränderter Haltung.

Nachdem Richter konstatiert hatte, daß die erste Anregung zu obiger Erklärung von nationalliberalen Industriellen und Kaufleuten ausgegangen ist, welche ihren handelspolitischen Ueberzeugungen im Gegensatz zu anderen Kundgebungen einen klaren Ausdruck vor der Öffentlichkeit zu geben wünschten, schreibt er:

Angesichts der Herausforderungen auf der Gegenseite haben die Fraktionen der freisinnigen Volkspartei am Sonnabend beschlossen, die Erklärung, welche sich inhaltlich durchaus deckt mit dem bisherigen handelspolitischen Standpunkt der Partei, mit zu unterzeichnen. Die Erklärung berührt nur eine, allerdings wichtige Frage für Neuwahlen. Daneben aber kommen für dieselben auch andere nicht minder wichtige Fragen in Betracht. Die Gesamtheit aller solcher Fragen muß nach wie vor maßgebend bleiben für die Kandidaturfragen auch in den wenigen Wahlkreisen, wo, abgesehen von Jährländkandidaturen, die Kandidaturen der freisinnigen Volkspartei angestellt sind. Die obige Erklärung ist auch nicht dazu bestimmt, einen Wahlausruf zu ersehen.

Die Partei lehnt es nach wie vor ab, unter dem Sammelnamen des Liberalismus und der alleinigen Wahlpforte des Kampfes gegen das Junkertum in ein Wahl-Kudde mit dem sich aufzulösen, welches unter verworrenem, abgeblästem Banner eine gemischte in sich haltlose, deshalb nicht aktionskräftige Gesellschaft zusammenschaffen würde. Im Kampfe gegen das Junkertum und für den Liberalismus wird die freisinnige Volkspartei nach ihrer Stärke und Geschlossenheit immer das Hauptkontingent und die eigentliche Kerntruppe zu stellen haben. Im Interesse des Gesamtliberalismus war es von Beginn der Wahlbewegung an unsere Aufgabe, die Partei überall in sich zu fetigen, kampfbereit zu machen und unter der Führung bestimmter Kandidaten zum Aufmarsch für den Wahlkampf zu bringen. (1)

Diese Darstellung entspricht im wesentlichen den Thatsachen, sie berichtigt die Auffassung, welche vor allem Organe, die der freisinnigen Vereinigung nahe stehen, dem Aufrufe gerne unter-schieben wollen, sie mindert aber nicht die Bedeutung der Abwehrstellung gegen die extremen Hochschutzzöllner. Auch der „Sammlungsausruf“ war nicht als eine Parteiverschmelzung der rechtsstehenden Nationalliberalen mit den Konservativen beider Richtungen und den Antisemiten gedacht, sondern als eine Vereinbarung zur gemeinsamen Ergründung einer den Bedürfnissen der Agrarier entsprechenden Handelspolitik. Aber während die Thatsache der Sammlung bei der Betonung sonstiger Meinungsverschiedenheiten zu großen Gefahren für das deutsche Volk auch auf anderen Gebieten, als dem der Erneuerung

der Handelsverträge führen kann, scheint uns die liberale Sammlung lediglich von Bedeutung als Abwehr der extremen Hochschutzzöllner. Ueber dieses Gebiet hinaus herrschen heute und aller Voraussicht nach auch künftighin tiefe Meinungsverschiedenheiten zwischen den Unterzeichnern des Aufrufes. Die nationalliberale „Magdeburgische Zeitung“, die ihn freudig begrüßt, hofft von ihm für die Großindustrie annehmbare Handelsverträge, sie wird aber in Fragen des Vereinsgesetzes nach wie vor nicht mit Herrn Richter, in Fragen der Kolonialpolitik nicht mit Eugen Richter, in Fragen der Marinevermehrung nicht mit Herrn Konrad Gausmann übereinstimmen.

Trotzdem muß man nach der Aufnahme des liberalen Aufrufes durch die Presse der rechtsstehenden Parteien annehmen, daß der erste Erfolg der Sammlungspolitik, die Vereinigung der Anhänger der Caprivi-Marschall'schen Handelspolitik, den eigentlichen Vätern dieser neuen Verbindung höchst unbedeutsam ist.

Zur Aufklärung sonst politisch träger Schichten der Bourgeoisie wird der neue Sammlungsausruf sehr wirkungsvoll sein, er wird zu einer entschiedeneren Führung des Wahlkampfes, zur Aufklärung über die von den Hochschutzzöllnern drohenden Gefahren für die industrielle Entwicklung und die Handelsstellung des deutschen Reiches führen. Im Interesse des regeren politischen Lebens kann man über den Aufruf eine Befriedigung empfinden. Daß wir aber auch mit dieser Sammlung nichts gemein haben, versteht sich von selbst. Aus anderen Gründen wie das Zentrum stehen wir den sich bekämpfenden Sammlungspolitikern kühl gegenüber. Das Zentrum kann nicht klare Stellung nehmen, weil sich in ihm die verschiedensten handelspolitischen Anschauungen befinden. Unsere Stellung zu diesen Fragen kann aber nicht in der Vertheidigung der bestehenden Handelsverträge bestehen, wir sehen in ihnen wohl das kleinere Uebel gegenüber der Bismarck'schen Handelspolitik, wie gegenüber der hochgespannten Wünschen und Hoffnungen der Agrarier; was wir aber fordern, ist eine viel weitergehende Abkehr von der Bismarck'schen Handelspolitik. So wenig wir auch die Wichtigkeit der künftigen Gestaltung der Handelspolitik unterschätzen, so sehr müßten wir uns für verblendet halten, wollten wir über diese Fragen die großen Lebensfragen für die deutsche Arbeiterklasse, um die es sich bei den nächsten Wahlen handelt, irgendwie unterschätzen.

Wir wissen nur zu gut, daß auch unter den Unterzeichnern des neuen Sammlungsaufriefes verschworene Arbeiterfeinde sind. Von so manchen dieser „liberalen“ Sammlungspolitikern ist nicht einmal eine feste Haltung gegenüber den reaktionärsten Absichten zu erwarten, gegenüber dem Verlangen nach einem Spezialgesetz, einer lex Neke, einer Einschränkung des Koalitionsrechts. Vollständig aber im Stiche läßt auch diese politische Vereinigung das deutsche Volk in allen Fragen der Sozialpolitik. Eine ernsthafte, gründliche Sozialreform, Schutz der Arbeiter gegen kapitalistische Ausbeutung wollen und können

Der Gedenktag der Wiener Revolution.

Eine eindrucksvolle Massenversammlung sah Wien am 13. März, Sozialdemokratisch war der Charakter der ganzen Stadt. Es war ein Sonntag, so schön und so leuchtend, wie er Wien vor 50 Jahren beschieden war. In tiefem Blau spannte sich der wolkenlose Himmel über Wien, und mit Maienwärme strahlte die Sonne herab, mit ihrer Kraft alles belebend, stärkend und erhebend aus dem dumpfen Trost des Alltags. In einer Massenversammlung im Freien das denkbar schönste Wetter!

Ueberwältigend war dieser Anblick des Wiener Proletariats, das noch nie in solcher Masse auf die Straße getreten war. Schon von frühem Morgen an zeigte Wien eine andere Physiognomie als an gewöhnlichen Sonntagen, ja das Bild war sogar lebhafter gefärbt als an anderen Festtagen der Arbeiterschaft.

Recht lebendig wurde das Bild beim Klang der Mittagsglocken. Nun strömten aus allen Häusern die Männer und Frauen, um rechtzeitig bei den Zusammenkunftsorten in den einzelnen Bezirken zu sein, und eine Stunde später zogen ungezählte Tausende auf allen Radialstraßen zur Ringstraße, die bald einen fesselnden Anblick, reich an Kontrasten, bot. Auf der Stadtseite promenierte der Seidenhut und das Weichenbouquet und über die äußere Ringstraße zog der Schlopphut und die rote Keule. Hier schwanzend und lächelnd und lognetierend die Bourgeoisie — dort, um die Straßenbreite getrennt, ernst und würdevoll und die Herzen von Begeisterung geschwellt, das Proletariat — eine Straßenbreite und doch lag eine ganze Welt dazwischen! Fast von jedem der überfüllten Pferdebesten hatterten rote Kränze. Stellenweise war das Gedränge ein beängstigendes.

Von der ehemaligen Ringstraße ab war der Eindruck bis zum Friedhof großartig. Vom Dach eines Omnibus hatte man freien Ausblick. So weit das Auge nach vorn und nach rückwärts auf der geraden Straße blicken konnte — alles ein einzig wogendes Menschenmeer, dessen Enden man nicht erblicken konnte. Der Anblick war nach beiden Seiten durch Standweilen begrenzt. Schiffe gleich erhoben sich aus diesem Meer von Menschenleben die Imperialsolenne der Tramway. Von den Pferden war nichts zu sehen — und die überfüllten Dächer schienen menschenbedeckte Berge zu sein. Die farbigen Kappen der Studenten hoben sich leuchtend von dem schwarzen Grundton ab. So lange der Trupp vor uns ist, hat er studentisches Gepräge — wir sind vorwärts — rückwärts schauend sehen wir nicht mehr die weißen, blauen, roten und grünen Kappen, wir sehen nur mehr die roten

Abzeichen der Arbeiter, die auch in diesem Trupp nun die anderen Farben erbrüden. Das Abzeichen der Studenten und Nationalen, die Kornblume, ist nur wenig zu sehen. Die Studenten, obwohl sehr zahlreich am Plage, verschwinden in der Masse der Proletarier, die vor und hinter ihnen, die mitten unter ihnen ziehen. Dort, wo nach rückwärts der Blick durch die Staubwolke begrenzt wird, sieht man gerade noch die Spitze des Zuges der Kranzträger, der schier kein Ende nehmen will. Voran gehen die Mitglieder der Parteivertretung. Bis zum Friedhof ein und dasselbe Bild wogender Menschenmassen. Wir fahren zurück — aber erst weit unterhalb des Marktplatzes erreichen wir das Ende des Zuges. Schier unerschöpflich scheinen die Quellen zu sein, die den Menschenstrom speisen, der sich nur langsam auf das weite Reichensfeld da draußen auf der Höhe ergießt.

Nach 10 Uhr vormittags schon war der Platz um das Monument von einer Kopf an Kopf gedrängten Menge besetzt, und in der Koenne wogte es auf und ab wie auf einem Korso. Es war die Stunde, da die bürgerlichen Demonstranten erwartet wurden. Sie kamen in überraschend großer Anzahl, aber sie blieben dennoch eine kaum zu beachtende Minorität gegenüber den dichten Arbeiterschwärmen, die sich schon vormittags im Friedhof bewegten. Die roten Keulen, die die Brust dieser ersten Vorläufer des ersten Zuges schmückten, befanderten, daß sie sich nicht als müßige Spaziergänger oder Neugierige, sondern im Bewußtsein ihrer Zugehörigkeit zum Heere derjenigen, die nachmittags die Mauer der Märzämpfer ehren kamen, eingefunden hatten. Inzwischen trugen die bürgerlichen Vereine Kranz um Kranz herbei, und gegen Mittag war der Erdhügel, worauf sich der Sockel des Denkmals erhebt, schon dicht mit Kränzen und Schleifen besetzt.

Um halb 1 Uhr erschienen die sozialdemokratischen Ordner. Jeder Bezirk hatte einen dreißig bis fünfzig Mann starken Ordnerzug beigelegt. Bald waren nicht nur das Rondeau um das Denkmal, sondern auch die Zugänge von zweckmäßig postierten Ordnergruppen besetzt. Der dicke Ordnerfordon hatte den Zweck, die Feststellung vor dem Denkmal dadurch zu ermöglichen, daß er Anstimmungen der heranströmenden Masse verhinderte; die in der Koenne und den Seitengängen postierten Genossen dagegen sollten hauptsächlich ihr Augenmerk auf die Gräber richten und deren Beschädigung verhindern. Die Friedhofverwaltung dirigierte alle verfügbaren Bediensteten zum Denkmal, wo sie die Uebernahme der Kränze besorgten und die Ordner in ihrem schweren Dienst unterstützten. Der Samariterbund hatte auf dem Rondeau eine Ambulanz errichtet.

Um halb 4 Uhr sollte die Tüte des Zuges eintreffen, aber schon um 2 Uhr wogten die Massen so dicht heran, daß die Ordner alle Hände voll zu thun hatten, um ihrer Aufgabe gerecht zu werden.

Und doch waren das nur Vorläufer des Hauptzuges, aber auch diese Vorläufer zählten nach tausenden. Auch der Zug hatte sozialdemokratisches Gepräge, das einheitlich blieb, bis um halb 3 Uhr die Deutsch-Nationalen, etwa 2000 Mann stark, vorbeizögen. Während ihres Aufmarsches schien es, als ob sich die Kornblume der roten Keule zugesellt hätte; das Bild der heranströmenden Menge wurde da recht farbenprächtig, besonders als die Kontingenten in ihrem bunten Staat vorbeizögen. Eine halbe Stunde vorher waren die Anarchisten, etwa dreihundert Personen, am Plage erschienen.

Die Kränze unserer Organisationen sollten von einer Kranzträgergruppe dem Hauptzuge vorangetragen werden. Einige Vereine hatten es aber vorgezogen, schon vor Ankunft des Hauptzuges ihre Kränze niederzulegen, und es lagen ihrer bereits zwanzig vor dem Sockel, ehe der Hauptzug der Kranzträger vor dem Obelisk eintraf.

200 Kränze hat die Arbeiterschaft allein auf das Grab der Märzämpfer gelegt. Diese imposante Anzahl, die noch in keinem Jahre erreicht wurde, ist dadurch zu erklären, daß heuer auch viele Provinzorganisationen das Grab schmückten, und daß zu den Kränzen der Wiener Organisation in diesem Jahre eine große Anzahl von Kränzen kamen, die die Arbeiter einzelner Betriebe brachten.

Der Obelisk schimmerte im Sonnenglanze. Aus den Opferstätten zu beiden Seiten des Sockels schlug Brand zum Himmel. Ein leichter Wind trieb den Rauch in horizontale Richtung. Den Grabhügel verdeckte bald ein sich mächtig wölbender Berg von Kränzen mit roten Schleifen, der Rasen war nicht mehr grün, sondern purpurroth von Keulen, die es unablässig auf ihn herabregnete. Bald war nicht Grün mehr von ihm zu sehen, als die Tornschede, die ihn umsäumt. Als die Kränze niedergelegt waren, entblößten sich die Häupter der Tausende, die das Denkmal umdrängten. Genosse Höger bestieg den Sockel und hielt mit weit hinlührender Stimme eine Ansprache, der wir leider bloß die folgenden Absätze entnehmen können:

Von noch tieferer Bewegung erfaßt als sonst, sind wir heute um dieses Denkmal versammelt. Vor fünfzig Jahren, genau zur selben Stunde, sind die ersten Opfer der Freiheit hingesunken auf das Straßenpflaster von Wien.

Am 13. März von 1848 hat das Volk von Wien die Bluttat empfangen. Heute vor fünfzig Jahren hatte Oesterreich den glorreichsten Tag in seiner Geschichte zu verzeichnen — kein glorreicherer wird so bald wiederkommen.

diese kapitalistischen Parteien nicht gewähren. Wir wissen, was wir von diesen Leuten zu halten haben. Ihre Erklärung, daß sie gegen die Hochschulgasse sind, wird uns nicht genügen, wenn sie bei Stichwahlen auf unsere Unterstützung angewiesen sein werden, wir werden viel weitergehende Erklärungen zu fordern haben.

Da die Sozialdemokratie aber die entschiedenste Gegnerin der unter dem Protektorat von Miquel's in's Werk gesetzten neuen Politik unerhörter Broterwerbserneuerung und anderer Volksausbeutung ist, müssen die Männer der neuen Sammelungs-politik sich klar werden, wie sie sich in den bevorstehenden Wahlkämpfen gegenüber der Sozialdemokratie stellen wollen.

Hieran wird man erst ihren Ernst, die agrarischen Uebergriffe richtig und rückhaltlos zu bekämpfen, beurtheilen können. Wir machen uns hierüber keinerlei Hoffnungen, wir bauen auf unsere eigene Kraft, wir wissen, und mit uns so mancher im Deutschen Reich, der noch nicht Sozialdemokrat ist, daß die Sozialdemokratie die einzige zuverlässige Gegnerin der agrarischen Volksfeinde ist, daß die Stärkung unserer Partei und nicht die der liberalen Parteien vom Wenu und Aber Garantien bieten kann für eine bessere Zukunft des Vaterlandes.

Daß wird den deutschen Arbeitern Sporn und Anreiz sein, zu zeigen, daß sie den Agrariern die wohlverdiente Niederlage bereiten können.

1848.

Erinnerungstage der Revolution.

16. März.

In Berlin ist morgens bei dem Minister des Innern eine Konferenz, an der auch die städtischen Behörden theilnahmen und in der beschlossen wird, bürgerliche Schutzkommissionen einzurichten. Die Organisation derselben erfolgt sofort und es erscheint bald darauf die nachstehende Bekanntmachung:

„Seit drei Tagen ist das Eigenthum und die Sicherheit der Bürger Berlins in der größten Gefahr. Die Stimme der Bürgerschaft hat sich mit Entschiedenheit gegen ein solches Beginnen erklärt und ist zu helfen bereit. Es ist daher beschlossen worden, daß in jedem Bezirke der Stadt eine Schutzkommission gebildet werde, aus den sämtlichen bürgerlichen Kommunalbeamten bestehend, welche aus der Zahl der Mitbürger ihres Bezirkes die geeignetsten und bekanntesten hinzuzuwählen und insbesondere die Gewerks-Aktiveiten und Junungs-Vorsteher hierbei zuziehen werden.

Das Abzeichen der Schutzbeamten ist eine um den linken Arm getragene schwarze und weiße Binde, mit der aufgedruckten Bezeichnung „Schutzbeamter“ und ein weißer Stab.

Widerfehllichkeiten gegen die Schutzbeamten werden gleich denen gegen Abgeordnete der Obrigkeit und beziehungsweise gegen Schildwachen bestraft.“

Die Stadtverordneten-Versammlung, die an demselben Tage eine bewegte Sitzung hatte, war mit dieser Einrichtung ebenfalls einverstanden gewesen. Die bürgerlichen Schutzbeamten bewährten sich jedoch in der Folge in keiner Weise. Die guten Bürger mit Wäde und Stab verfielen sogleich dem Berliner Straßenwirth. Man bezeichnete sie als „Reichensdicker“ und ihre Stäbe als „Wankstelen“. Eine Wirksamkeit zur Beruhigung oder Zerstreuung aufgeregter Volksmassen vermochten sie nicht zu entfalten. Die Studenten waren an demselben Tage in der Aula versammelt und beschlossen, sich ebenfalls an dem Beruhigungswerk zu betheiligen. Eine von ihnen an den Kommandanten geschickte Kommission, deren Mitglieder die schwarz-roth-goldene Kolarde trugen, wurde jedoch höhnisch abgewiesen. Das Militär wurde, trotz des Vorhandenseins der bürgerlichen Schutzwachen nicht von der Straße genommen.

In der Gegend zwischen dem Opernhause und der Schloßbrücke waren nachmittags wieder viele Menschen versammelt. Die Schutzbeamten vermochten nicht, die Menge zu zerstreuen, sondern gerietten selbst ins Gedränge. Da rückte, gleichsam zum Schutze der Schutzkommissionen, Infanterie von der neuen Wache vor. Es wurde ein dreimaliger Trommelwirbel geschlagen, jedoch in so kurzen Zwischenräumen, daß es dem Publikum nicht

möglich war, sich zu entfernen. Darauf knallte eine Salve in die Menge hinein, durch die mehrere Personen getödtet und viele verwundet wurden. Die Szene der Verwirrung, so schildert ein Augenzeuge, welche auf den Schuß folgte, ist schwer zu beschreiben. Mit furchtbarem Angstgeschrei stürzten sich die am Opern- und Zeughaus befindlichen Personen an der Schloßfreiheit hinunter nach der Schloßbrücke. Die Verwirrung wurde noch vermehrt durch eine von der Jägerstraße aus ankommende Kavallerie-Patrouille. In wenigen Minuten war das bis dahin friedliche Aussehen der umliegenden Straßen und Plätze wie verwandelt. Das Militär patrouillirte bis zur Nacht in den Straßen und hielt äußerlich die Ruhe aufrecht. In der Charité lagen 80 Verwundete, in den Privathäusern vielleicht ebenso viel. Die genaue Zahl der Todten ist nicht festzustellen gewesen. — Von der Regierung werden aus Stettin, Frankfurt a. O., Halle und Potsdam telegraphisch Truppenverfügungen herbeigeeigelt.

In München ließ die Aufregung darüber, daß sich Lola Montez noch immer in der Stadt und deren Umgebung aufhalten solle, nicht nach. Alle Häuser wurden vom Volke durchsucht, deren Besitzer der Tänzerin möglicherweise hätten Aufnahme gewähren können. Sogar das Polizeigebäude wurde gekürrt, die Witten zerrissen und alles demolirt. An demselben Tage traten die Kammern zusammen.

Die Namen der neuen sächsischen „Minister“ werden bekannt. Es waren ernannt die mehr oder weniger Liberalen Dr. Braun, Georgi, Graf Holendorff und Oberländer; ferner auch der konservativ Professor von der Pfordten. Die neuen Männer erließen eine Proklamation, daß sämtliche Volkswünsche vom König bewilligt seien.

Politische Ueberfluth.

Berlin, 15. März.

Die heutige Reichstags-Sitzung, in welcher die 2. Lesung der Militär-Strafprozess-Ordnung auf der Tagesordnung stand, nahm einen interessanten und unerwarteten Verlauf. Nach einem längeren Vortrag des Referenten der Kommission Abg. de Witt nahm der Kriegsminister das Wort, um in einem sehr elegisch gehaltenen Vortrag noch einmal all die Tugenden zu preisen, welche angeblich die alte preussische Militär-Strafprozess-Ordnung besitze. Man hörte und sah es ihm an, wie wenig das neue Werk ihm gefällt und mit wie wenig Neigung er ihm gegenüber steht. Das gab unserem Genossen Haase Veranlassung, die merkwürdige Haltung des Kriegsministers zu kritisiren, und in einigen Streiflichtern auf das „große Werk“ zu zeigen, wie wenig dasselbe dem entspreche, was selbst von einem mächtig bürgerlich liberalen Standpunkt gefordert werden müsse. Es bliebe vielsach hinter den bescheidensten Anforderungen zurück. Ein Angriff auf die frühere Haltung des Abg. Gröber (3.) in der Frage der Militär-Strafprozess-Ordnung veranlaßte diesen, einen wahren Panegyrikus anzustimmen über die Vorzüge, welche die Kommissionsvorlage gegenüber den jetzt bestehenden Zuständen in Preußen und Württemberg darstelle. Dieses Lob aus dem Munde Gröber's bedeutete ein großes Eigenlob, da man weiß, daß die Kommissionsvorlage wesentlich sein Werk ist. Wie bei allen größten gesetzgeberischen Aufgaben der letzten Jahre, so zeigt auch hier das Centrum nach dem Ruhm, als Regierungspartei sich zu zeigen, die selbst die Nationalliberalen in den Schatten stellt.

Selbstverständlich wurden die Verbesserungsanträge, die unsere Partei und die Freisinnigen zu § 1 der Vorlage gestellt hatten, niedergestimmt. Bei § 2 hatten die Freisinnigen beantragt, die Ziffer 2 zu streichen, welche bestimmt, daß auch die dem Verurtheilten angehörenden Offiziere, Sanitäts-Offiziere und Ingenieure wegen Zweikampfs mit tödtlichen Waffen, wegen Herausforderung oder Annahme einer Herausforderung zum Duell der Militär-Strafgerichtsbarkeit unterstellt werden sollten. Diese Bestimmung enthält einen prinzipiellen Verstoß gegen die Auffassung, die speziell das Centrum bisher in dieser Frage eingenommen hat. Abg. Munkel

begründete seinen Antrag mit Geist und Witz, wobei namentlich der Abg. Gröber schlecht weg kam. Dieser, der schon durch die Ausführungen Haase's gereizt und in schlechter Stimmung sein mochte, antwortete auf Munkel's Angriffe sehr heftig und grob, was später Munkel noch einmal zu einer scharfen Abwehr veranlaßte. Gröber schwieg aber gänzlich über die Stellung, die das Centrum zum Antrag Munkel einzunehmen gedente. Das veranlaßte von unserer Seite Genossen Bebel, dem Centrum wegen seines Schweigens sehr nachdrücklich auf den Leib zu rücken und eine klare Antwort zu fordern. Abg. Spahn antwortete in recht unglücklicher Weise, worauf Bebel abermals das Wort nahm, um nunmehr das Centrum auf seinen Abfall von seinen bisherigen Grundsätzen in der Duellfrage anzunageln. General v. Wiebahn, der dem Abg. Spahn zu Hilfe kam, konnte die moralische Niederlage des Centrum nicht mehr verweihen, und diese wurde vollständig, als Munkel die namentliche Abstimmung über die Aufrechterhaltung der Ziffer 2 beantragte. Man sah den Centrumsführern die Verlegenheit über diesen Antrag an und sie hatten Ursache dazu, denn es stellte sich heraus, daß ein erheblicher Theil des Centrum's, darunter die Abgg. Freiherr v. Heeremann und Koeren und die Mehrzahl der Centrum'sabgeordneten aus Bayern, gegen die eigene Partei stimmten. Für die Aufrechterhaltung der Ziffer 2 stimmten 109, dagegen 78, ein Abgeordneter enthielt sich der Abstimmung. Damit war aber auch die Nichtbeschlußfähigkeit des Hauses konstatirt, die Sitzung mußte abgebrochen werden.

Nächste Sitzung morgen 1 Uhr. Tagesordnung: Fortsetzung der heutigen. Die Sitzung beginnt mit Wiederaufnahme der namentlichen Abstimmung. —

In preussischen Abgeordnetenhause haben die Beratungen des Kultus-Etats nun bereits zehn Sitzungen in Anspruch genommen, und noch immer ist ein Ende der Verhandlungen nicht abzusehen. Selbst die Abendstunden, die sonst die Nothwendigkeit der Volksvertreter zu hemmen pflegen, scheinen in diesem Jahre ihren wohltätigen Einfluß eingebüßt zu haben. Wenigstens wurden in der gestrigen Abendstunde, in der es über die Frage der staatlichen Aufsicht der Schule in einem äußerst heftigen Zusammenstoß zwischen dem Abg. Jhrn. v. Heeremann (3.) und dem Kultusminister Dr. Woffe kam, genau so überflüssige und endlose Reden gehalten, wie die ganzen Tage vorher. Die heutige Debatte drehte sich wesentlich um die Frage der Schulaufsicht. Wenn es nach den Herren vom Centrum und nach der Mehrzahl der Konservativen geht, so werden nur noch Geistliche zu Schulinspektoren und Schulrathen ernannt; kommt es doch nach der offen ausgesprochenen Ansicht dieser Herren auch weniger darauf an, daß die Kinder in der Schule etwas lernen, als daß sie religiös erzogen werden! Im Gegensatz zum Centrum verlangte Abg. Andrée (fr. Sp.), daß die Regierung, wie sie es bereits wiederholt mit gutem Erfolge gethan, möglichst viele seminaristisch gebildete Volksschullehrer, die praktische Erfahrungen hinter sich haben, zu Schulinspektoren berufe. — Von allgemeinerem Interesse war aus der heutigen Debatte nur das von verschiedenen Seiten aufgestellte Verlangen, die Gehälter der Lehrer an höheren Mädchenschulen einheitlich zu regeln. Die Regierung erkannte an, daß auf diesem Gebiete unhaltbare Zustände beständen; wenn sie auch nicht direkt eine Gehaltsvorlage in Aussicht stellte, so ist doch aus ihrer heutigen Haltung zu schließen, daß sie diese Forderung erfüllen wird.

Heute findet wieder eine Abendstunde statt. Das Flottengesetz wird morgen, Mittwoch, in der Budgetkommission zur weiteren Berathung gelangen. Der Reichskanzler hat der Kommission eine Mittheilung zugeben lassen, daß die Reichsregierung bereit sei, ihre Ansicht zu den Anträgen bezüglich der Deckungsfrage beizutragen. Die „Staatsbürger-Zeitung“ bemerkt zu dieser Nachricht:

„Wie wir hören, wird die Erklärung des Reichskanzlers unter Ablehnung der Deckungsanträge derart bescheidend lauten, daß das Centrum bis auf eine kleine sächsisch-württembergische Minderheit geschlossen für die Vorlage stimmen wird.“

Auf die Centrum'sabgeordneten, welche in der Kommission sitzen, dürfte diese Voraussage allerdings sich als zutreffend erweisen. Ob die Mehrheit der Partei, welche den Kommissionsmitgliedern nachfolgen soll, groß oder klein sein wird oder wie sich die Dinge innerhalb des Centrum's sonst etwa entwickeln könnten, läßt sich doch noch nicht mit absoluter Sicherheit absehen. Bei der heutigen Berathung der Militär-Strafprozess-

Ungarn, die erst auf den italienischen Schlachtfeldern ihr Ende erreichte.

Die Freiheit eines Volkes ruht nicht auf sicherer Grundlage, wenn sie nicht die Blutstaupe empfangen hat.“ Dieses vor mehr als fünfzig Jahren ausgesprochene Wort ist heute nicht mehr wahr. Die Freiheit, welche unsere Väter erkämpft, ist verrathen worden. Das Proletariat, das die letzten verzweifelten Stürme wider die Schaar der Windfischgräber und die Herden des Jellac wagt für das Bürgerthum, ist um den ihm gebührenden Preis betrogen worden. Kaum waren die Prinzipien der Revolution sieghaft, als das verrätherische Bürgerthum auch schon bereit war, seine Kämpfer zu verkaufen. Und sie haben uns Arbeiter verrathen, betrogen und verkauft.

An die Stelle der Willkür des rückwärtigen Metternich-Edelnützensystems ist die Willkür des Bürgerthums getreten, das rundweg erklärt: Wir haben die Macht, wir thun, was wir wollen. Und so ist es gekommen, daß wir heute gerade auf demselben tiefen Standpunkt stehen, auf dem das Volk vor dem 18. März von 1848 stand. Die Bourgeoisie, die wir befreien geholfen, hat uns zum Dank in Fesseln geschlagen, hat uns zu Heloten gemacht. Aus Furcht vor den Arbeitern, die ihr Recht heischen, hat sich die Bourgeoisie dem Adel und dem Klerikalismus in die Arme geworfen, und sie hat gänzlich vergessen ihres Ursprungs, der in der Revolution wurzelt.

Aber tragdien ist das Blut derjenigen, deren Gebelne unter diesen Steinen ruhen, nicht unsonst geflossen. Sie sind uns heilige Muster zur Nachahmung, und nicht ruhen wird das arbeitende Volk, bis es endlich das Evangelium von der Befreiung des Menschen wird verwirklicht haben.

Wenn diese Ebene, an welcher wir uns im Augenblicke befinden, wenn dieses riesengroße Grabfeld längt wieder vielleicht bald wird geworden sein, wenn kein Stein von den Häusern und Thürmen dieser gewaltigen Stadt, die zu uns herübergräßen, nicht auf dem andern liegen wird — die Erinnerung an euch wird niemals verschwinden aus der Geschichte der Reiche und Völker, die einmal groß waren und mächtig. Aber diese spätere Distorie wird auch nur Berachtung haben für jene Bourgeoisie, welche die arbeitenden Proletariat gebraucht und mißbraucht, verkauft und verrathen hat.

Von dieser Bourgeoisie, die so lange schlecht bleiben wird, als sie existirt unter welcher Bezeichnung immer, und endlich gänzlich loszulassen und sie zu bekämpfen mit allen Mitteln, ist unsere Pflicht. Keine Freundschaft, keinen Frieden ihr! Und fort mit allem aus unserer Reichen, was am Besitze hängt und zum Besitze drängt!

Dieses Monument, ein Ehrenmal für die Hingegangenen des Jahres 1848, ist zugleich ein Schandmal geworden für das seine Verrätherie an spigger Bankettstafel seiernde verrottete, korrupte Bürgerthum.

Im Angesichte dieses heiligen Bodens, in dessen Tiefe alle ruhen, die uns lieb gewesen und theuer waren, und in welchen viele von uns einst selber verwesen und vergehen werden, schwören wir, daß

uns das Andenken an die Todten und die Opfer des Jahres 1848 immer heilig bleiben wird, daß wir in dem Ringen um die vollkommene Freiheit des Menschen und die soziale Gleichheit aller nie erlahmen werden, daß wir dafür so lange kämpfen werden, bis uns endlich der Sieg werden wird. (Brausender Beifall.)

Und so schwören wir abermals, treu zu sein und treu zu bleiben bis zum Tode der alles einigenden, alles umfassenden, alles verjüngenden und alles umgestaltenden, die Menschen edler und besser machenden Sozialdemokratie. Sie allein wird alle Mäule, alle Reaktionen und Gegenrevolutionen überdauern, weil sie allein die wahre Umwälzung bedeutet.

Dieser Schwur erneuert die sozialdemokratische Arbeiterpartei Oesterreichs über dem Grabe derjenigen, welche am ersten Tage der bürgerlichen Revolution in Oesterreich gefallen sind für die Freiheit. Sie sind vergessen von jenen, für welche sie ihr Leben geben mußten, von uns aber sind sie, die unsere Brüder, unsere Schwestern waren, geehrt und werden es bleiben jetzt und immer. Ihr Andenken sei uns heilig — ihr Andenken hoch!

Im Namen der Parteigenossen czechischer Zunge sprach dann Genosse Kropka, für die polnischen Genossen Jachymowicz. Daraus folgte eine Rede des czechischen „Unabhängigen“ Opletal, worauf für die sozialdemokratischen Studenten und Studirten Dr. Freundlich, für die italienischen Parteigenossen Ottolini und namens der slovenischen Arbeiterschaft Genosse Biz sprach.

In vollster Ruhe und Ordnung vollzog sich der Rückzug der ungeheuren Menschenmassen, die von unserem Partei-Organ auf 200 000 Personen geschätzt werden.

Auch in der Provinz fanden zahlreiche, massenhaft besuchte und glänzend verlaufene Märzfeiern statt, so z. B. in Reichenbach, Mährisch-Schönberg, Jägerndorf, Eger, Kratau, Spital a. Drau, Brünn, Anitzelsfeld, Prag, Graz und Prag.

Ueber die Revolutionsfeier in Prag berichtet unser dortiger Korrespondent:

Von dem herrlichsten Frühlingswetter begünstigt, feierte gestern das czechische Proletariat den Geburtstag der Märzrevolution. Schon am frühen Morgen, bevor das Straßenleben noch begann, zog die Arbeiterschaft in Scharen nach den Versammlungsorten; die rothe Nelke, das Abzeichen der Sozialdemokraten, dominierte und gab der Straße das Gepräge. Im Laufe des Vormittags gefallte sich die Freier zu einer gewaltigen Kundgebung, die einen glänzenden Beweis abgab von dem Bewußtsein des czechischen arbeitenden Volkes, und die deutlich bewiesen hat, daß die vor fünfzig Jahren von Marx ausgesprochene Besprechung von der Unmöglichkeit einer freiwilligen Entwicklung bei den Czechen doch nicht zur Wahrheit geworden. Freilich, das Proletariat allein ist es, das die Erbchaft der Revolution angeerbt hat, aber die vielen tausende von Arbeitern, die getreu ihr Recht heischen, sprachen im Namen der Mehrheit der czechischen Nation. In Prag allein wurden in der Stadt selbst und in den Vororten Smichow, Karolinenthal, Vysehrad, Bubna

und Lieden sieben Versammlungen abgehalten, die überaus zahlreich besucht waren. Nach Ablauf dieser Versammlungen fand ein Massenmeeting auf der Gehinsel statt, wozu die Arbeiterschaft 303.

Die Rednertribüne, die im Freien errichtet worden, war bald dicht und drängte. Die Zahl der Anwesenden betrug etwa 11 500. Die Fehrede hielt der Redakteur des „Pravo Lidu“, Genosse Remec. Einstimmig wurde eine Resolution angenommen, die die Forderung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts enthält. Außerdem wurde die Massenpetition unterzeichnet, welche demnachst an das Abgeordnetenhause geleitet werden wird. Nach einer Rede des Genossen Debie wurde die Versammlung um 1/2 12 Uhr geschlossen. Die Massen zogen langsam über die Brücke in die Stadt. Während des Marsches erklang das Lied der Arbeit, von Tausenden gesungen. In der inneren Stadt, am Graben, promentirte gerade das Sonntagpublikum, als der Zug, der die ganze Breite der Straße einnahm, heranzoggen kam. Am Wenzelsplatz vor den Redaktionen der liberal-konservativen „Politik“, der „Marohny Listy“ wurden stürmische Vereatrufe laut. „Fort mit der jung-czechischen Inquisition!“ „Schande den Verräthern!“, erschall es immer wieder. Auch vor dem Gebäude der Staatsanwaltschaft blieb die Menge stehen und demonstirte laut. Der Staatsanwalt wollte es am Tage des 18. März recht deutlich zeigen, daß der Geist des Vormärz noch lebendig ist in Oesterreich, und konfirzte die Sonntagsnummer des „Pravo Lidu“.

Vom Wenzelsplatz durch die Krakauerstraße bewegte sich die Menge zum St. Emmauskloster, wo ein Grab der Märzgefallenen ist. Nach einer kurzen Rede eines Genossen löste sich der Zug auf.

Während der ganzen Demonstration ereignete sich kein Zwischenfall, was vor allem der ruhigen und besonnenen Haltung der Arbeiterschaft zu danken ist. Die Polizei war in großer Zahl ausgerückt, in den Kasernen das Militär konfirzt.

Die Jubelfeier der Märzrevolution war kein bloßes Erinnerungsfest, es war eine imposante Manifestation der Sozialdemokratie, die sich ihrer schwierigen Lage gerade jetzt bewußt ist, aber auch ihrer Kraft und Stärke. Nur die Sozialdemokratie ist es, die heute in Oesterreich noch vorwärts drängt, und wie weit und wie mächtig sich das Bedürfnis nach den notwendigen Reformen geltend macht, konnte man am Sonntag recht deutlich wahrnehmen. — Die Bourgeoisie betheilte sich in keiner Weise an der Jubelfeier. Wohl rief bei manchem der Passanten und Neugierigen der Anblick der Arbeiterschaft ein Gefühl der Bewunderung, hervor und des Lobes über den Verlauf der Freier war genug zu hören — Begeisterung aber ward nirgends verpirkt. Auch nicht die studirende Jugend der deutschen und czechischen Hochschulen war zu sehen; die Arbeiterschaft allein war sich ihrer Pflicht bewußt. Der 18. März war ein sonniger Tag in der traurigen Zeit, es war ein Tag der Freiheit, die auch in Oesterreich eine Häterin besitzt — die Sozialdemokratie. —

Ordnung im Plenum des Reichstages hat sich das Schauspiel zugetragen, daß eine sehr große Zahl von Zentrums- Abgeordneten ihren Vertretern in der betreffenden Kommission die Gefolgschaft bei der Druckfrage verweigerten. Etwas ähnliches stellt folgende Mitteilung des „Bureau Herald“ hinsichtlich des Flottengesetzes in Aussicht:

„Bezüglich der Aussichten der Flottenvorlage erfahren wir von zuverlässiger Seite, daß die Nachricht, im Zentrum seien nur die Wagner gegen die Anträge Lieber, unrichtig ist. Ein großer Teil der Mitglieder der Zentrumsfraktion wird gegen diese Anträge stimmen, darunter Ober-Landesgerichtsrath Krosen, Ober-Zustizrath Minteln, Rechts- anwalt Schmitt-Mainz u. a. Diese Gruppe vertritt den Standpunkt: Keine Bindung des Staatsrechts, weder durch Septennat, noch durch Segennat, und auch nicht durch Aeternat, sondern alljährliche, etatsmäßige Bewilligung; ferner gesetzliche Lösung der Deckungsfrage durch Besteuerung der höheren Einkommen.“

Wie weit diese Mitteilung wirklich zuverlässig ist und ob, wenn sie richtig, dadurch die Mehrheit für das Gesetz gefährdet sein würde, muß dahin gestellt bleiben. Unsere Meinung geht nach wie vor dahin, daß Herr Tirpitz sein Flottengesetz mit Zentrumshilfe unter Dach und Fach bekommen wird. —

§ 138a der Gewerbe-Ordnung. Die im „Reichs-Anzeiger“ beliebte Art und Weise der Abänderung des jetzigen Textes dieses Paragraphen in seinem letzten Abschnitt wird von keinem der Blätter, die sich über die Angelegenheit geäußert haben, als ausreichend angesehen, um der Abänderung die Rechtsgültigkeit zu verschaffen. Selbst die „Magdeburgerische Zeitung“ schreibt: „Es wäre vielleicht richtiger gewesen, wenn die Veröffentlichung (der „Berichtigung“) in einer Weise erfolgt wäre, welche die Verantwortlichkeit des Reichstages für sie ohne weiteres ersichtlich gemacht hätte. In der Dienstagnummer des „Vorwärts“, 1. Beilage, haben wir in der Erwiderung auf die von der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ gebrachte offizielle Rechtfertigung der „Berichtigung“ aber nachgewiesen, daß die Abänderung des § 138a Absatz 5 nur durch Gesetz herbeigeführt werden kann; folglich würde die Unterzeichnung der „Berichtigung“ durch den Reichskanzler auch nicht ausgereicht haben, um diese rechtmäßig zu machen. Die „Magdeburgerische Ztg.“ meint, die sozialdemokratische Partei habe auf die Sache früher selbst wenig Werth gelegt, weil sie sonst einen Abänderungsantrag gestellt hätte. Dazu lag für sie, als der Vertretung der Arbeiterschaft, aber gar keine Veranlassung vor, denn die bisherige Fassung des § 138a Absatz 5 ist für die Arbeiterinnen vorteilhafter. Die Fassung des § 138a ist durchaus korrekt. Stumm-Guttschick und Konforten hatten aber entgegen den Bestimmungen der Sozialdemokraten die Ausnahmsbestimmungen des § 105c um eine vermehrt. Ferner hatte der Reichstag abgelehnt, die jetzt durch die Nachnumerierung Nr. 4 des § 105c gewordene Ausnahme zu streichen, wiewohl die Sozialdemokraten es beantragt hatten. Als die Sozialdemokraten nunmehr aus der Endzusammenstellung bemerkten, daß durch diese Fassung ihre Absicht erreicht war, die alte Nr. 3, jetzige Nr. 4 wirkungslos zu machen, hatten sie keinerlei Veranlassung, die Verböserungskommission Guttschick-Stumm, die von Herrn Regierungskommissar Wilhelm unterstützt war, darauf aufmerksam zu machen, daß zur Erreichung ihrer Absicht noch ein weiterer Antrag erforderlich sei. Zu solch arbeiterfeindlichem Vorgehen war um so weniger Veranlassung, als kurze Zeit zuvor die Stumm-Lieber-Guttschick-Mehrheit die bekannte Fassung des § 124 Nr. 5 zu ändern abgelehnt hatte, wiewohl sozialdemokratischerseits nachgewiesen und von niemand bestritten war, daß diese unheilvolle Ziffer 5 des § 124 ihre Fassung einem Versehen des Bureau's, nicht etwa einem Ueberssehen oder einer Ungeschicklichkeit von Gesetzesverschlechtern zu verdanken habe. Uebrigens hat der Reichstag selbst an der Berichtigung des Versehens kein Interesse verrathen, der von Seite unserer Fraktion gelegentlich in einer folgenden Session auf das redaktionelle „Versehen“ aufmerksam gemacht wurde. Interesse an der „Berichtigung“ kann im Kern der Sache nur die Richtung Stumm-Posadowsky haben, auf deren Banner der Unternehmer schub steht. —

Rur Verhütung der Schlagwetter-Explosionen in den Kohlengruben. Aus Essen wird der „Voss. Zeitung“ geschrieben:

„Von der Bergbehörde wird die Frage erörtert, ob sich beim Kohlenbergbau eine Vermehrung der Schächte in der Weise empfehlen würde, daß die Betriebspunkte höchstens tausend Meter von einem Schacht sich befinden und von einem solchen mit frischer Luft genügend versorgt werden können. Wegen dieses letzten Punktes hat das Oberbergamt zu Dortmund sich bereits mit den Vertretern der Zechen in Verbindung gesetzt. Diese stehen der Forderung zwar nicht gerade feindlich gegenüber, weisen indes auf die großen Kosten hin, die dadurch namentlich in den Bezirken den Zechen erwachsen, wo das Kohlengebirge mehrere hundert Meter von dem wasserreichen Kreidengebiet abgelagert ist. In diesen Bezirken aber befinden sich gerade die eigentlichen Schlagwettergruben.“

Es ist sehr gut, daß hier einmal zugegeben wird, daß der Schaffung ausreichenden Arbeiterschutzes die großen Kosten im Wege stehen. Im Abgeordnetenhaus erklärte bei der Erörterung des Unfalls auf Beche Vereinigte Carolinengrube der Vertreter für Bochum, Bergrath Schulz: Das Vaterland kann verlangen, daß auch im Bergbau jeder seine Schuldigkeit thut. Der Herr meinte hiermit die Arbeiter, von denen er behauptete, daß sie vielfach selbst an den Unfallsfällen Schuld seien. Nun, die Thatfachen lehren, daß zunächst einmal die Zechenbesitzer offensibare Mißstände in ihren Betrieben beseitigen und ihre Schuldigkeit thun sollten, ohne die Kosten scheuen zu dürfen. Wie die Erfahrung gelehrt hat, sind aber von den Zechenbesitzern freiwillige größere Opfer nicht zu erwarten; die Regierung muß deshalb — so sauer es ihr ankommen mag — mit Zwangsmaßnahmen vorgehen, wenn der Bergmann des Schutzes, der ihm feierlich versprochen worden ist, endlich theilhaftig werden soll. —

Kirche und Militarismus. Ueber die Vorkommnisse im Dresdener Festungsgefangnis, welche der Abg. Kunert bei der zweiten Lesung des Etats im Reichstage zur Sprache brachte, konnte der sächsische Regierungsvorsteher keinerlei befriedigende Auskunft geben, sondern er sucht um diese heikle Angelegenheit mit nichtsjagenden Worten und Ausflüchten herumzukommen. Selbst kirchliche und über den „Verdacht“ politischer Opposition erhabene Blätter sprechen jetzt ihre Unzufriedenheit mit dem Verhalten der sächsischen Regierung in jener Angelegenheit aus. So führt das in Leipzig erscheinende „Neue Sächsische Kirchenblatt“, nachdem es daran erinnert hat, daß es sich um Unschuldigungen gegen hohe Offiziere wegen fortgesetzter Sonntagstheiligung, Mißbrauch der Dienstgewalt, wissenschaftliche dienstliche Meldung, auch Verleitung zum Meineid gehandelt habe, ohne daß darauf eine Anklage gegen den ehemaligen Divisionspfarrer

Gräfe erfolgt und ohne daß von einer Abstellung der Mißstände oder Bestrafung der Schuldigen etwas verlautet hätte, folgendes an:

„Jetzt endlich, nachdem man es bis zur Interpellation eines sozialdemokratischen Abgeordneten im Reichstag hat kommen lassen, mußte man sich zu der Erklärung bequemen, daß drei Bestrafungen erfolgt und die Mißstände abgestellt seien. Dabei wird uns aber versichert, daß letzteres nicht durchweg der Fall sei; und im Reichstage hat Kunert weder über die Namen der Bestraften, noch über die Höhe der Strafen Auskunft erhalten können. Es ist also nicht unmöglich, daß überhaupt nur untergeordnete Organe gemäßregelt, oder die wirklich Schuldigen so gelinde weggekommen sind, daß, wie Kunert bemerkte, das Kriegsministerium die Strafen nicht zu nennen wage. Und dazu stimmt vollständig, daß der hauptsächlich in Betracht kommende Major B. noch heute Bataillons-Kommandeur ist. Generalleutnant v. J. hat sich allerdings unmittelbar nach Veröffentlichung der Sache ins Privatleben zurückgezogen, aber unsers Wissens unter Umständen, die keineswegs auf eine Maßregelung deuten. Unter diesen Umständen kann jene amtliche Erklärung des Vertreters der sächsischen Regierung im Reichstage nur peinliche Empfindungen wecken. Jedenfalls ist die Sachlage nach wie vor ungeklärt, und das durch die Behandlung eines evangelischen Geistlichen unserer Landeskirche vor dem Militärgericht verletzte Rechts- und Standesgefühl hat bisher keine ausreichende Genugthuung erhalten. Daß eine erneute Anfrage des Abg. Kunert, die dieser schon angelündigt hat, zum Ziele führen werde, ist nach dem Verlauf der bisherigen Dinge kaum anzunehmen. Es ist überaus bezeichnend, daß kein einziger anderer Abgeordneter bei der Gelegenheit das Wort genommen hat, als allein dieser Sozialdemokrat, wie es schon bezeichnend ist, daß man diese Sache den Sozialdemokraten überhaupt überlassen hat. In drei konservativen Abgeordneten, an die Herren Graf Koon, Freiherr von Stumm und P. Schall ist seinerzeit das Material über den Fall geschickt worden, aber keiner von ihnen hat den Mund aufgethan, auch Freiherr von Stumm nicht, der dieses Organ sonst wohl zu brauchen weiß, wenn es gilt, gegen evangelische Geistliche etwas zu sagen. Keins von den vielen konservativen und nationalliberalen Amtsblättern, von den kleinsten bis zu den größten, hat zu der Sache Stellung genommen; ein Wind von oben — und sie schwiegen alle.“

Die kretische Kandidatur. Gestern wurde aus Petersburg die Einsetzung des Prinzen Georg zum Gouverneur von Kreta als gesichert gemeldet. Mittlerweile hat sich in der italienischen Deputiertenkammer der Unterstaatssekretär Bonin über den Stand dieser Angelegenheit ausgesprochen. Danach ist eine Uebereinstimmung über diese Kandidatur unter den Mächten noch nicht erzielt worden, sondern die Unterhandlungen dauern noch fort; eine andere Kandidatur sei aber nicht in Frage gekommen.

Aus Kanea wird gemeldet, daß die „Oldenburg“, welche Deutschland auf Kreta vertritt, im Begriffe stehe abzufegeln. Danach hält die deutsche Regierung die Situation für eine derartige, daß eine Vertretung durch eine Truppenabtheilung nicht mehr erforderlich ist.

Die österreichischen Blätter, die vor kurzem noch heftig gegen die Kandidatur des Prinzen Georg protestirt hatten, weil sie in der Durchführung derselben eine Stärkung Russlands auf dem Balkan sahen, schweigen sich jetzt völlig über diese Frage aus. Es scheint, als ob Russlands Wille schließlich durchdringen wird. Ob dadurch auf Kreta bald friedliche Verhältnisse eintreten werden, ist eine andere Frage. —

China. Zum koreanischen Konflikt verlautet heute nur, daß ein Dampfboot der russischen Freiwilligenkette, von Port Arthur kommend, in Chemulpo 57 Marinesoldaten gelandet hat, die sich nach Seoul mit viel Munition und Lebensmitteln begaben. In Seoul befindet sich bekanntlich eine größere russische Militär-Abtheilung. Es muß sich nun zeigen, ob die in Seoul versuchte Zurückdrängung des russischen Einflusses nur vorübergehenden Erfolg hat, oder ob ein ernstliches Ausstreiten Russlands, das bei den großen Interessen desselben in Korea zu erwarten ist, den Kaiser wieder geselig macht. Zugleich wird sich zeigen, wie weit Japan oder England oder diese beiden Mächte zusammen hinter dem Vorgehen des koreanischen Ministeriums gegen den russischen Einfluß stehen.

Aus Peking berichtet „Bureau Reuter“: Der russische Gesandte Pawlow besuchte am Sonnabend das Tsungli-Yamen und widersprach entschieden der Verlegung der Verhandlungen über die Verpachtung von Port Arthur nach Petersburg. Er verlangte die Erledigung der Angelegenheit in Peking. Der Besuch blieb jedoch erfolglos. Pawlow hat mißgestimmt das Tsungli-Yamen verlassen.

In den Gerüchten über ein Bündniß zwischen England, den Vereinigten Staaten und Japan, berichtet die „Daily Mail“ aus New York, die Idee eines solchen Bündnisses werde in offiziellen Kreisen nicht als günstig angesehen; man sagt, dieser Gedanke sei den Traditionen der Vereinigten Staaten zuwider und gefährlich, weil er Spanien in die Arme des Dreiebundes werfe. —

Deutsches Reich.

— Bei den Vorarbeiten zu einem Reichs-Versicherungsgesetze, von denen wir gestern berichteten, handelt es sich nicht um Fragen der Arbeiter-Versicherungsgesetzgebung, sondern um die staatliche Beaufsichtigung und Regelung des privaten Versicherungswesens. —

— Die „nationalen“ Agrarier. Der Oberbändler Pöhl hat in Magdeburg in einer Versammlung der Seinigen, die den Mund vom Schutze der nationalen Arbeit immer so übervoll nehmen, u. a. auch von der Zeit gesprochen, da der Mund die „Einsuhr“ chinesischer Arbeiter werde „fordern“. Man sieht, daß dem Pöhl trotz der Maßlosigkeit seiner Agitation für die Interessen der Großgrundbesitzer noch Zeit bleibt, sozialdemokratische Wahl-agitation zu betreiben. Was sagt Herr Sohney zu der Offenheit des Herrn Pöhl? —

— Die schlesische Landwirtschaftskammer hat am Sonnabend über die Landarbeiterfrage verhandelt und einen Beschluß angenommen, worin folgende Mittel zur Beseitigung der Arbeiternoth vorgeschlagen werden:

- a) Gestattung vermehrter Heranziehung von Strafgefangenen und Korrektionshäftlingen zu landwirtschaftlichen Arbeiten; b) eine ohne Vernachlässigung des Schulwesens den landwirtschaftlichen Bedürfnissen mehr entsprechende Gestaltung der Schulanstaltungen, Unterstutzung der Einrichtung von Kleintierbeschulen, sowie von Schul-Sparcassen; c) schärfere Beaufsichtigung des Gesinde- und Arbeitervermittlungswesens; d) energische Bestrafung des Kontraktbruchs, sowie der Arbeitsgeber, die kontraktbrüchige Arbeiter annehmen; e) erweiterte Zulassung ausländischer Arbeiter für landwirtschaftliche Arbeit und Gebirgsdienst; f) energische Förderung der inneren Kolonisation; g) Anstellung von Schwestern für Krankenpflege und Kinderbeaufsichtigung.

Wenn nur alle Landarbeiter von dieser patriarchalischen Arbeiterfürsorge des Junkerthums genaue Kenntniß erhielten, sie würden trotz allen Druckes die Herrschaften aus den Parlamenten verjagen. —

— Von der Abbröckelung der nationalliberalen Partei. Der heftige Landtags-Abgeordnete Westermacher-Wüdingen erließ eine Erklärung an seine Wähler, der zufolge er aus der nationalliberalen Partei ausscheidet. —

— Stumm-Schwuchow und Stöcker. Wir hatten über den Prozeß Stöcker gegen Schwuchow, früherem Redakteur der „Neuen Saarbücker Zeitung“, des heimathlichen „Schleifsteins“ des Freiherrn v. Stumm, berichtet. In einem Artikel vom 29. Mai 1896 hatte das genannte Blatt in einem Beilagen-Artikel des Hofprediger A. D. Stöcker die sozialpolitische Besonnenheit, die bürgerliche Ehrlichkeit und kirchliche Lauterkeit abgesprochen. Ferner erschien am 27. Juni

1896 in demselben Blatte ein Artikel, in dem behauptet wird, Stöcker gehe mit seinen Gegnern deshalb nicht vor Gericht, weil er die Öffentlichkeit scheue, auch habe er wiederholt, falls von ihm eine Klage eingeleitet sei, dieselbe kurz vor den Hauptverhandlungen aus Furcht zurückgezogen.

Nach langen umständlichen Beweisaufnahmen — wie mitgetheilt, suchten sich die Stumm-Schwuchow durch die Lecker-Schönow Material gegen Stöcker zu sammeln — hat kürzlich das Saarbückergericht in Saarbrücken über die Klage Stöcker's verhandelt und am Montag wurde das Urtheil verkündet. Schwuchow wurde zu 200 M. Geldstrafe verurtheilt.

Das Gericht erachtete nicht sämtliche Inkriminirte Vorwürfe für belegendig, so denjenigen nicht, daß Stöcker die Bahn politischer Besonnenheit verlassen hat, sowie daß er aus Furcht Klagen zurückgezogen habe. Ueber die sonstigen Punkte der Klage besagt das Urtheil:

„Zum Beweise, daß Stöcker sich vor der Öffentlichkeit der Unwahrheit schuldig gemacht und damit den Weg der bürgerlichen Ehrlichkeit verlassen habe, kommt zunächst die Behauptung Stöcker's in der Tonhallen-Versammlung in Betracht, er besitze keinen maßgebenden Einfluß auf das „Volk“. Der ehemalige Leiter dieses Blattes, Oberwinder, wie die Zeugen v. Gerlach und der Besitzer des „Volk“ haben dazu eidlich ausgesagt, Stöcker habe keinen maßgebenden Einfluß auf das „Volk“, er übe nur einen moralischen Einfluß aus als Autorität und Führer der Christlich-Sozialen. Demgegenüber hat aber das Gericht berücksichtigt, daß Stöcker am 16. Juni 1896 im Ober-Ausschuß des konservativen Wahlvereins gesagt hat, als er über die damalige Haltung des „Volk“ interpellirt wurde, er wolle bis zur nächsten Sitzung das „Volk“ in konservative Bahnen überführen. Das Gericht erachtet hiermit den Ausdruck Stöcker's, er besitze keinen maßgebenden Einfluß auf das „Volk“, als vom Angeklagten widerlegt. Es erwidert noch die Angelegenheit des „Scheiterhaufenbriefes“, der ebenfalls in Beziehung auf die Behauptung, Stöcker entbehre der bürgerlichen Ehrlichkeit und kirchlichen Lauterkeit, von Schwuchow herangezogen worden ist. Dieser Brief an Hammerstein, der durch den „Vorwärts“ zuerst veröffentlicht wurde, fand in seinem Hauptinhalt durch Stöcker selbst in einer Broschüre eine Widerlegung, in der er es bestritt, mit dem Brief die Absicht gehabt zu haben, Zwietracht zwischen dem Kaiser und Bismarck zu säen, es läme im Scheiterhaufenbriefe nur zum Ausdruck, daß er (Stöcker) ein Intriguenstück gegen Bismarck abgelehnt habe. Diese Auffassung theilt das Gericht nicht, denn aus dem Zusammenhang des Briefes geht hervor, daß der Schreiber auf ein Fernwahrniß des Kaisers mit Bismarck hinwirken wollte, er weist auf den Weg des Intriguenspiels hin. Dem offenen Vorgehen wird hier ein Vorgehen aus Scheißwegen vorgezogen. Der Kläger hat dies selbst gefühlt, denn er hat, trotzdem es ein wichtiges Aktenstück ist, seine Abfassung anfänglich in Abrede gestellt. Dem Scheiterhaufenbriefe kann daher das Gericht nur als mit der bürgerlichen Ehrlichkeit und kirchlichen Lauterkeit nicht vereinbar anerkennen. In Beziehung auf diesen Brief gilt der Beweis für die beleidigende Behauptung als erbracht.“

Dem „Volk“ des Herrn Stöcker ist dies Urtheil natürlich nicht sehr angenehm. Es theilt bereits mit, daß Stöcker Verurteilung einlegen wird.

Wir haben für beide streitende Theile gleich wenig übrig. Es ist aber sehr läßlich von beiden, daß sie im Streit mit einander ihre häßlichen Charaktere selbst aufdecken. —

— Der Typhus in Saarbrücken. Dem Ober-Medizinrath v. Coler, Generalstabsarzt der Armee, der sich mit Professor Gerhardt, Generalarzt Dr. Lentz aus Berlin und vier anderen Aerzten nach Saarbrücken begeben hatte, ist es gelungen, namentlich die Ursache der Typhusepidemie beim dortigen 8. Bataillon des 70. Regiments mit Sicherheit festzustellen. Dr. v. Coler ging bei seiner Untersuchung von der Zeitdauer aus, den der Typhusbazillus zu seiner Entwicklung gebraucht, und konnte so konstatiren, daß die Erkrankung der Mannschaften auf einen an Kaiser's Geburtstag genossenen Kartoffelsalat zurückzuführen sind. Die Zubereitung dieses Salates lag einem Soldaten ob, der kurz vorher mit der Reinigung einer Kloake zu thun gehabt hatte. Infolge ungenügender Säuberung der Hände übertrug sich der Krankheitsstoff auf die Kartoffeln, die, wie Dr. v. Coler betont, einen ganz besonders geeigneten Nährboden für den Typhusbazillus abgeben, und verursachte so die Epidemie. Sämmtliche Mannschaften, die von dem Kartoffelsalat genossen hatten, etwa 300 Mann, erkrankten. Die Unkranke und die heilungsfähigen Leute, die an der Mangelheit nicht theilgenommen hatten, sind vollständig verschont geblieben. Gestorben sind bisher 40 Personen. —

Brannschweig, 15. März. Der Landtag beschloß, die Regierung zu ersuchen, im Bundesrath dahin zu wirken, daß die eigenen Einnahmen des Reiches durch vermehrte Besteuerung der Genussmittel derart erhöht werden, daß die Ueberweisungen an die Einzelstaaten die Matritulbeiträge jährlich um 40 Millionen Mark übersteigen.

Besonders gelegen wird dieser Antrag dem Reichskanzler gerade jetzt kaum kommen, wo sich alles um die Deckung späterer Kosten der Flottenvorlage dreht. —

— **Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse.** Die „Frankf. Volkst.“ theilt mit: Wegen angeblicher Majestätsbeleidigung stand am vorigen Freitag der Zigarrensortirer Genosse Noak aus Nied vor der Staatsanwaltschaft in Wiesbaden. Ein Schreinermeister in Nied hatte ihn denunzirt; er sollte am 28. November und 11. Dezember in einer dortigen Wirtschaft beleidigende Aeusserungen über den Kaiser gethan haben. Die Verhandlung wurde hinter verschlossenen Thüren geführt. Es waren mehrere Zeugen von Seiten der Staatsanwaltschaft sowie von dem Angeklagten geladen. Die Beweisaufnahme ergab, daß die erste Aeusserung nicht beleidigender Art war und für die zweite mangelte es an der Möglichkeit, den Vorlaut der Aeusserung festzustellen, da die Befragten Zeugen nicht in der Lage waren, etwas Bestimmtes auszusagen. Trotzdem beantragte der Staatsanwalt vier Monate Gefängniß. Der Gerichtshof füllte auf Grund der Beweisaufnahme ein freisprechendes Urtheil. —

— **Eine Vermessungsabtheilung** von vier Offizieren, zwei Deskoffizieren, sieben Unteroffizieren und vierzehn Mann geht am 23. d. M. unter Führung des Lieutenants zur See Deimling mit dem Reichs-Postdampfer von Bremerhaven nach Rio de Janeiro. Nach Mittheilung des Reichs-Marine-Amts an die Werft in Danzig sind für die Verwaltung in Rio de Janeiro vier Werkdrante erforderlich. —

— **Aus Ostafrika** kommen Mittheilungen über neue Unruhen im Wabeheland. Der Häuptling Werere soll sich mit 80 000 Mann gegen die deutsche Verwaltung erhoben haben. Ueber die wahrscheinliche Ursache schreiben die „Berl. Neuesten Nachr.“: Am Nordufer des Nyassa unter den Ronde sind ernstliche Unruhen entstanden. Der Stationschef von Langenburg, Hauptmann v. Gipsow, ist auf einem Zuge von mehreren tausend Ronde umringt worden und soll ohne weiteres von den Waffen Gebrauch gemacht und dadurch eine große Aufregung unter ihnen hervorgerufen haben. Da die Ronde ein zahlreiches und starkes Volk sind, welches 20 000 und mehr Krüger stellen kann, so wäre es möglich, daß Werere, ihr nördlicher Nachbar, diese Aufregung benutzen will. Herr v. Gipsow hätte vielleicht doch sich mit ihnen in Frieden verständigen können. Als Dr. Gumiller 1895 auf einer Expedition durch tausende von Ronde bis zum plöthlich umringt sah, ging er allein ohne Waffen auf sie zu und beruhigte sie so schnell. Werere selbst ist eine nicht leicht zu behandelnde Person. Dieser Zustand kann dem Gouverneum viel zu schaffen machen. —

Frankreich.

Paris, 15. März. Ein gewisser Koch, der verhaftet wurde, gestand ein, die Bomben auf dem Place de la Concorde und auf den Cascaden im Longchamp erworben zu haben. —

Spanien.

Savana, 14. März. Von amtlicher Seite werden folgende Einzelheiten über die Operationen in der Sierra Maestra mitgeteilt: Mehrere Regimenter mit Artillerie verließen Manzanillo am 10. d. M. unter der Führung des Obersten Guelpo und unterführt durch den Dampfer „Meina de los Angeles“. Die Spanier schlugen die Insurgenten und nahmen zahlreiche Positionen. Der spanische Verlust beziffert sich auf drei Tote und 12 Verwundete. Zahlreiche Insurgentenfamilien unterwarfen sich freiwillig. General Vando beglückwünschte die Truppen. Die Mannschaften der Kreuzer „Venadito“ und „Meina de los Angeles“ warfen ihrerseits den Aufruhr zwischen dem Fluß Camarino und dem Ort ihrer Einschiffung nieder. Ferner schickten andere Kolonnen von Palma aus das Lager der Aufständischen bei Solis und Serosina und brachten den Rebellen eine Niederlage bei. Schließlich soll die Division Vernal am Sonntag Vaite genommen haben.

Italien.

Rom, 13. März. (Eig. Ber.) In sehr kurzer Zeit hat die radikale Demokratie drei ihrer bedeutendsten Männer verloren. Erst der alte Journalist Dario Pape, Direktor des republikanischen Blattes „Italia del Popolo“, dann Imbriani, der sich von seinem Schlaganfall nicht mehr erholte, und nun Felice Cavallotti, getödtet von dem Säbel Macola's, von der Rechte Crispi. Cavallotti war der eigentliche Leiter der radikalen Linken und der hervorragendste Träger der Garibaldi'schen Tradition. Er repräsentierte auch den allerdings nur kleinsten Theil der Linken, der noch nicht angegriffen ist von der politischen Korruption, er war, soweit die Bourgeoisie in Betracht kommt, der energischste Verteidiger der wenigen Volksrechte in Italien. Darum liebten wir Sozialisten ihn, immer, indem wir ihn bekämpften. Jetzt, da er nicht mehr ist, hat es die Majorität der Kammer leicht, mit der Regierung zusammen das Werk der Reaktion weiter zu betreiben.

Die Gruppierung der Parteien wird nach Cavallotti's Tode ohne Zweifel eine andere werden. Die radikale Linke, die durch ihn zusammengehalten wurde, wird sich bald zerplittert haben. Der eine Flügel wird sich unter das Banner der Partei der Linken, die immer bereit ist mit der Regierung und gegen die extremen Parteien zu stimmen, begeben, ein Theil, der kleinste, dürfte wahrscheinlich in die republikanische Gruppe eintreten. Daran dürfte sich wohl eine Partei der Republikaner und Sozialisten bilden, die einzige dann, der die Verteidigung der Volksrechte und Freiheiten anvertraut sein wird. Aufgabe der Sozialisten besonders wird es sein, den Kampf gegen Crispi und seinen Anhang, gegen die Reaktion und die Korruption des politischen Lebens fortzuführen. Und, um damit keine Zeit zu verlieren, haben sie, veranlaßt durch den tragischen Ausgang des Duells Cavallotti-Macola, in der Kammer einen Gesetzentwurf eingebracht, der eine härtere Bestrafung der Duellanten vorsieht. Das Duell wird auch hier als ein privilegiertes Verbrechen angesehen und nur leicht bestraft; dazu kommt, daß das Gouvernement sich dann meistens heilt, bald Begnadigung eintreten zu lassen, während es politischen Verbrechern ihre Strafe natürlich bis zu Ende durchkosten läßt. Die Sozialisten beantragen, daß das Duell behandelt und gerichtet werde, wie ein gemeines Verbrechen.

Der Staatsanwalt wird den Mörder Cavallotti's und die Sekundanten verfolgen; ob die Kammer, deren Mitglied der realistische Redakteur Macola ist, dazu die Genehmigung erteilen wird, bleibt abzuwarten. Macola seinerseits hat unser Zentralorgan „Avanti“ und mehrere radikale Blätter verlanzt, weil diese ihm vorgeworfen hätten, daß er sich einen unläuteren Vortheil über seinen Gegner im Duell verschafft hätte. „Avanti“ versichert, daß er dem Prozeß mit Ruhe entgegenstehe.

Rom, 15. März. Deputiertenkammer. Der Präsident theilt ein Ersuchen der Staatsanwaltschaft mit, die Kammer möge die Ermächtigung erteilen, gegen die Abgeordneten Macola, Donati, Ruffinato und Tassi wegen ihrer Theilnahme an dem Duell mit Cavallotti das Strafverfahren einzuleiten. Das Verlangen wurde den Abtheilungen des Hauses übergeben.

England.

London, 14. März. Der Arzt hat dem Premierminister Lord Salisbury vollständige Ruhe und einen Aufenthalt in Süd-Frankreich angeordnet. Der Erste Lord des Schachens, Balfour, erledigt die laufenden Geschäfte des Anwesenden Amtes. Als Nachfolger soll Salisbury den Lord Cromer gewünscht haben.

Im Unterhause wurden am Montag wiederum Fragen der auswärtigen Politik debattirt, ohne daß besonders neues oder wichtiges dabei zum Vorschein gekommen wäre. Die meisten Anfragen aus dem Hause, wie die, ob ein Bündniß mit den Vereinigten Staaten wegen der ostasiatischen Angelegenheiten abgeschlossen werden solle, ferner ob die Regierung gegen die Abtretung Port Arthur an Rußland protestirt habe, erklärte Curzon nicht ohne weiteres beantworten zu können, da dies zur Zeit ungewiß sei. Bemerkenswerth war nur die Antwort Curzon's auf die Frage Webster's, ob Schritte gethan werden, um die an Hongkong grenzenden Inseln und weitere gegenüber liegende Theile des Festlandes zu erwerben, falls dies zur Verteidigung Hongkongs notwendig werde. Hierauf erwiderte Curzon, die Frage der Schritte, die zur gehörigen Sicherung der britischen Besitzungen in Hongkong zu ergreifen seien, beschäftigte seit einiger Zeit die Aufmerksamkeit der Regierung und werde nicht aus den Augen verloren.

Affien.

Yokohama, 15. März. Heute sahen in Japan die Wahlen statt. Dieselben sind ruhig verlaufen. Man hält eine Regierungsmehrheit für wahrscheinlich.

Amerika.

Das Verhältnis zu Spanien gestaltet sich nicht günstiger. Der „Frankfurter Zeitung“ wird aus New-York gemeldet: Präsident Mac Kinley ist anscheinend davon überzeugt, daß die „Maine“-Katastrophe durch eine äußere Explosion verursacht worden ist, da sein (soeben aus Cuba zurückgekehrter) Freund, Senator Proctor, dies öffentlich erklärte. Die Kriegsvorbereitungen werden mit großem Eifer fortgesetzt.

In amerikanischen Zeitungen finden wir die folgende Meldung aus New Orleans vom 2. März:

„Mit einem Votum von allen gegen 3 Stimmen hat der hiesige Stadtrath heute dem Präsidenten Mac Kinley und dem Marineminister Long aufgefordert, ein Kriegsschiff nach New Orleans zu schicken, damit die Stadt geschützt sei, wenn es mit Spanien zum Kriege kommen sollte.“

Aus Lissabon wird telegraphirt: Der amerikanische Kreuzer „San Francisco“ ist in südwestlicher Richtung von hier ausgelaufen.

Aus Madrid wird gemeldet: Das am Sonntag von Cadix abgegangene Torpedoboot-Geschwader wird sich bei den Canarischen Inseln und bei Portorico nur so lange Zeit aufhalten, als es zur Verproviantirung braucht, und wird dann direkt nach Havana gehen. Ein zweites Torpedoboot-Geschwader wird in kurzer Zeit Spanien verlassen; voraussichtlich wird dasselbe nach Portorico gehen.

Parlamentarisches.

Der Bundesrath hat in seiner gestrigen Sitzung eine Reihe von Beschläffen gefaßt, die wir schon gemeldet haben. Er hat ferner den zuständigen Ausschüssen überwiesen: die Vorlagen betr. die unter dem 3. April 1894 und 30. Oktober v. J. zu Paris sowie unter dem 19. März v. J. zu Venedig unterzeichneten internationalen Sanitätskonventionen, betr. die Zulassung des Norddeutschen Lloyd in Bremen zur Beförderung von Auswanderern, und betr. die Ertheilung der Erlaubniß zur Beförderung von Auswanderern an die Hamburg-Amerikanische Pachtfahrt-Aktiengesellschaft in Hamburg. Schließlich wurde über eine Reihe von Eingaben Beschluß gefaßt.

Dem Reichstage ist der Gesetzentwurf, betreffend die elektrischen Maschinen, zugegangen.

Zu der Budgetkommission des Reichstags wurden am Dienstag die noch zu erledigenden kleineren Etats beraten. Der Etat des Reichs-Schatzamt's, die Ueberweisungen an die Bundesstaaten wurden nach den Ansätzen der Regierung genehmigt. Zum Etat des Bankwesens beantragte Abgeordneter v. Kardorff folgenden Beschlus Antrag: Die verbündeten Regierungen zu ersuchen, vor Ablauf des Reichsbank-Privilegiums eine Abänderung des Statuts der Reichsbank in Erwägung zu ziehen, um diese einerseits kapitalstärker zu gestalten, andererseits in den Stand zu setzen, für die Kreditbedürfnisse niedrigerer Distrikte festzuhalten. Die Beschlusfassung darüber wurde vorläufig ausgesetzt, da Staatssekretär Graf Posadowsky und der Reichsbankpräsident nicht anwesend waren. Die Ansätze für Veräußerung von ehemaligem Festungsgelände und der Ueberschuß aus dem Münzwesen wurden genehmigt. Es folgte der Etat für die Verwaltung der Eisenbahnen. Auf Anfrage des Referenten Galler sprach sich Geh. Rath Wackerzapp gegen die Einführung der Kilometerbeste im Vorkaufverkehr aus. Der fiskalische Ausfall würde ein großer sein, dabei können die Kilometerbeste nur einem kleinen Theil der Bevölkerung zu gute. Auch die zehntägigen Retourbillets würden nicht in dem Umfange benutzt, wie man glaube. Auf dreitägige Retourkarten kämen 90,7 pCt., auf zehntägige nur 9,3 pCt. Minister Thielien bemerkte noch, die Einführung der Kilometerbeste sei von allen deutschen Bahnen als ein Experiment angesehen worden. Für die preussischen Staatsbahnen seien die Kilometerbeste aus technischen Gründen nicht einföhrbar. Diese Beste seien überhaupt nur für die Kapitalträgerer verwendbar. Der geringste Satz sei 25 Mark. Abg. Prinz Arenberg tritt den Ausführungen des Ministers bei. Auf Anfrage des Abg. Müller-Sagan bemerkte Minister Thielien, daß die Verwaltung sich schon lange mit der Frage der Verbesserung der Beleuchtung beschäftigte. Die elektrische Beleuchtung sei aus ökonomischen Gründen nicht einzuföhren. Die praktischen Amerikaner hätten die elektrische Beleuchtung wieder abgeschafft und seien auf unsere Beleuchtung mit Gas zurückgekommen. Unsere Versuche lassen hoffen, daß wir in kurzer Zeit zu einer verbesserten Beleuchtung kommen werden. Abg. Dr. Hammacher befürwortet die Reform der Personentaxen. In Belgien komme man mit zwei Wagenklassen aus. Das sei vielleicht auch für Deutschland zu erstreben. Minister Thielien hält eine Vereinfachung des Tarifs für notwendig. Die Frage sei im Fluß. Eine besondere Ermäßigung könne er indes nicht zusagen. Abg. Dr. Paasche empfiehlt, besonders für ländliche Bahnhöfe, die Anwendung von Spiritusglühlicht. Schließlich wird der Etat der Eisenbahnen bewilligt und ebenso der Ansat für die Vervollständigung des deutschen Eisenbahnnetzes im Interesse der Landesverteidigung. Morgen, Mittwoch, soll in der Kommission zunächst die Decksungsfrage erledigt und sodann in die zweite Beratung des Flottengesetzes eingetreten werden.

Die Abg. Graf v. Oriola u. Gen. haben unter Zurückziehung eines denselben Gegenstand betreffenden Antrages im Reichstag eine Resolution zur zweiten Beratung des Etats eingebracht, wonach der Reichskanzler ersucht werden soll, dem Reichstage baldmöglichst einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch welchen, unter Berücksichtigung der gesteigerten Kosten der Lebenshaltung, den berechtigten Wünschen der Militärinvaliden, insbesondere auch in bezug auf die Versorgung der Wittwen und Waisen, die Entschädigung für Nichtbenutzung des Zivil-Versorgungsgeldes und die Befreiung der Militärpension neben dem Zivil-Dienstlohnem bzw. der Zivilpension, Rechnung getragen wird.

Im Abgeordnetenhaus haben Richter und Träger folgenden Entwurf eines Gesetzes betreffend den Religionsunterricht der Kinder von Dissidenten eingebracht. Einziger Paragraph: Schulpflichtige Kinder, deren Eltern nicht einer vom Staate anerkannten Religionsgesellschaft angehören, können zur Theilnahme am Religionsunterricht eines von dem ihrigen verschiedenen Bekenntnisses nicht angehalten werden.

Wahlbewegung.

Die „Freis. Ztg.“ zweifelt daran, daß der Abg. Richter bei der nächsten Reichstagswahl in Posen auch nur in die Stichwahl gelangen werde. Sie giebt die — übrigens unzutreffende, lediglich dem Wunsch entsprechende — Nachricht der „Allg. Ztg.“ wieder, daß die Pögnere Antisemiten für den national-liberalen Kandidaten stimmen würden, und fügt hinzu:

„Die gute Absicht dabei geht offenbar dahin, den national-liberalen Kandidaten statt des Abgeordneten Eugen Richter mit dem Sozialdemokraten in die Stichwahl zu bringen.“

Die gegenwärtigen Reichstags-Abgeordneten der freisinnigen Volkspartei sind sämtlich erst in Stichwahlen gewählt. Wenn es dahin kommt, daß die ersten Reakte der Partei aber gar nicht mehr in die Stichwahl gelangen, dann ist es mit der Partei bald am Ende.

Der Nationalliberale Dr. Osann will eine Kandidatur für Darmstadt nicht wieder annehmen.

In den Kreisen Elmshorn und Altona-Stormarn haben die Vertrauensmänner des Bundes der Landwirthe sich für die deutsch-sozialen Kandidaten Exler und Raab erklärt. Sie wünschen aber, daß dafür die Kandidaten der Reformpartei in Eckernförde, Schleswig und Flensburg zurücktreten.

Die Konservativen im Wahlkreis Sorau-Forst werden den Baumeister Felisch als Kandidaten für die Reichstagswahl aufstellen, während die Deutsch-Sozialen die Kandidatur des Popredigers a. D. Stöcker proklamirt haben.

In Ludwigshafen haben die Nationalliberalen beschlossen, den Direktor der Anilin- und Sodafabrik, Dr. Brunk, aufzustellen. Sie wollen dabei um die Unterstützung der Wähler werben, jedoch wird dafür wenig Aussicht bestehen, da die Wähler bereits einen Kandidaten nominirt haben.

Partei-Nachrichten.

Gemeindevahlen in Ossen-Rassau. In Sandershausen gingen Wähler der ersten und zweiten Klasse, darunter reiche Leute, mit der Arbeiterschaft Hand in Hand und halfen das bisherige Regiment in der Gemeinde brechen. Die Kleinbauern, die der zweiten Klasse angehören, stimmten geschlossen in diesem Sinne. In Kirchbilmold brachten unsere Parteigenossen in der dritten Klasse drei ihrer Kandidaten durch, die Gegner nur einen, und in Crumbach siegten in derselben Klasse alle Kandidaten der Arbeiter.

Vollzichtiges, Verhülltes etc.

Die Staatsanwaltschaft in Hildesheim ersuchte den meiningischen Landtag um Ermächtigung zur Einleitung eines Strafverfahrens gegen den Redakteur Heinrich Becker vom „Saalfelder Volksblatt“, der durch einen Artikel über Wahlprüfungen den Landtag beleidigt haben soll. Der Landtag hat das Gesuch der Staatsanwaltschaft abgelehnt.

Eingestellt wurde vom Amtsgericht in Urdau a. S. die Unterfuchung gegen den Redakteur W. Frehe vom „Sächsischen Volksblatt“, der gegen den Erlass der Amtshauptmannschaft Zwickau vom 17. Mai 1894, Verurtheilung von Wirtzen, Geschäftsleuten etc. betr., durch eine kurze Note gesündigt haben sollte. Die beiden Geschwirthe, auf welche Frehe aufmerksam gemacht hatte, geben ihre Lokale jetzt wieder zu sozialdemokratischen Versammlungen her.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgebung.

Zum Schuhmachereinstand wird uns geschrieben: Die Bewegung der Schuhfabrikanten, sie hätten genügend Arbeitskräfte zur Verfügung, wird durch die Thatsache widerlegt, daß sie durch allerlei Versprechungen suchen, Streikende abtrünnig zu machen. So verspricht Herr W. auf denjenigen, welche sich bereit erklären, in seinen Betrieb zurückzukehren, das Streikgeld, dessen sie verlustig geben, ihnen zu ersetzen. Leider haben sich auch einige gefunden, die das ihren Mitkämpfern gegebene Wort gebrochen haben. Andere Fabrikanten er-

lassen Aufforderungen an ihre Arbeiter, daß, wenn sie nicht bis zu einem bestimmten Tage die Arbeit aufgenommen haben, sie entlassen sind und ihre Stellen durch andere, welche sich schon gemeldet hätten, neu besetzt werden. Damit haben allerdings die Herren kein Glück gehabt. Die Haltung der Ausständigen ist eine musterhafte, dieselben sitzen geschlossen da und eine große Zuversicht herrscht in ihren Reihen. In den großen und namentlich den Fabriken, in welchen bessere Artikel angefertigt werden, sind ungelernete Arbeitswillige nur in ganz geringer Anzahl vorhanden. Der Schaden, den diese Fabrikanten durch Stehenbleiben der Betriebe und nicht befriedigter Kundenschaft erleiden, ist bedeutend. Mit Rücksicht auf das nahe Dierfest muß es zu einer baldigen Entscheidung kommen.

Die schon berichtet ist, wird auch von der Polizei in scharfer Weise gegen die Schuhmacher vorgegangen, doch bewahren diese Ruhe (und Besonnenheit) und kommt es nirgends zu Ausschreitungen. Um so auffälliger ist der Erlass des Berliner Polizeipräsidenten, welcher von Belästigungen der arbeitssuchenden Schuhmacher durch Streikende spricht, die in dem einen Falle durch eine „ganze Koite“ erfolgt sei. Die durch Verhaftungen betroffenen Personen hatten in der That nichts anderes gethan, als Arbeitswillige auf die gegenwärtigen Verhältnisse aufmerksam gemacht, wozu sie ungewisselhaft durch Gesetz berechtigt waren, und liegt zu einer derartigen Kundgebung, wie sie von der Polizeibehörde ergangen, nicht der geringste Grund vor.

Der Verband der Zimmerer bewilligte den Schuhmachern 200 M.

In Frankfurt a. M. und in Offenbach, beides Hauptplätze der Schuhwarenfabrikation, erklärten sich hart besetzte Schuhmacherverfassungen mit den Ausständigen solidarisch. Allgemein wird angenommen, daß Berlin nur das Verhüllfeld der Fabrikanten ist und daß daher die Schuhmacher von ganz Deutschland an dem gegenwärtigen Kampfe interessiert sind und zur Unterstützung der Streikenden beizutragen haben.

In Steglitz haben die Gewerkschaften ein Kartell gegründet. Demselben sind bis jetzt beigetreten die Maurer, Zimmerer, Poliarbeiter, Metallarbeiter, Steinseher, Bauarbeiter und Bäcker. Der Obmann ist August Friedrich, Steglitz, Forststr. 40.

Deutsches Reich.

Wegen Lohnangelegenheiten wird gebeten, den Zuzug von Feilenarbeitern nach Leipzig streng zu vermeiden.

Infolge Lohnunterschieden haben am Sonnabend in der Werkzeugfabrik von Mehdau u. Kupfer, Leipzig-Lindenau, 11 Maschinen- und Hilfsarbeiter die Arbeit niedergelegt.

In der Fahrradfabrik „Frey“ in München haben 115 Arbeiter wegen unredlicher Entlassung zweier Arbeiter die Arbeit eingestellt. Ferner sind in der Lampen- und Blechwarenfabrik Differenzen ausgebrochen.

In der Fäsenhaarschneiderei Donner in Ober-Roden in Hessen streikten 106 Arbeiterinnen. Die Ursache des Streiks bilden Lohnunterschieden, die vorgenommen wurden, indem man die Altpartien erhöhte. Für denselben Preis, der bisher für 80 Felle gezahlt wurde, müssen jetzt 90 geschneitten werden; eine andere Partie wurde von 90 auf 100, von 100 auf 110 erhöht und eine gar von 80 auf 130. Dabei verdienen die Arbeiterinnen jetzt schon bei der sehr gesundheitsgefährlichen Arbeit, die dem Fabrikgesetz zuwider sehr oft täglich 13 Stunden währt, nur 5,50 M. pro Woche im Durchschnitt. Die streikenden Arbeiterinnen sind leider nicht organisiert.

Dem Maurerstreik in Rannenburg widmet die Polizei wieder ihre ganze Aufmerksamkeit. Wie unser holländisches Parteiblatt schreibt, wurden am Sonnabend 25 Streikende polizeilich vernommen und sind auch einige Verhaftungen erfolgt. In den meisten Fällen handelt es sich um das sogenannte Postenfellen. Die Streikenden glauben aber trotzdem, ihren Kampf siegreich zu beenden, wenn der Zuzug ferngehalten wird.

Soziales.

Gegen die Kränklichkeit unter den Bäckern Bamberg's hat, wie die „Frankf. Ztg.“ mittheilt, der Magistrat die entsprechenden Maßregeln beschlossen. Es wurde der Bäckereinnung zur Verpflichtung gemacht, sämtliche Gehilfen ärztlich untersuchen zu lassen, während an die Bäckermeister die Aufforderung erging, auf Wäsche und Wohnstätten der Gesellen ein schärferes Augenmerk zu richten. Erhöht wurde hierbei die allerorts geltende Thatsache, daß die Gehilfen diese Krankheit so lange wie möglich vertuschen und nicht in ärztliche Behandlung gehen wollen.

Der Zivilvorstand der Erbschaftskommission will festgestellt haben, daß von mehr als zehn gemusterten Bäckergehilfen nur zwei mit der Kräge behaftet befunden und von ihm sofort in das Krankenhaus verwiesen worden seien. Das Aussehen dieser zwei war entsetzlich, wie Augenzeugen berichten. Nun ist es aber öffentliches Geheimniß, daß die Kräge in mehr als zwei Betrieben beobachtet wurde. Wie die Verhältnisse liegen, zeigt eine Bemerkung der „Bamberger Allg. Ztg.“ Es heißt da: „In der Kräge-Angelegenheit sind uns scharfe, diese Schweinerei mit recht geistlichen Artikel ausgegangen, welche ihre Erledigung in der Magistratsitzung gefunden haben. Von einer Namensnennung wollen wir diesmal noch Umgang nehmen.“

Zur Wohnungsnoth in Nürnberg und Fürth. Der Beschluß des Magistrats von Nürnberg, in einigen außer Gebrauch gefehnten Schulhäusern kleine Wohnungen einzurichten, wurde vom Gemeindefiskus annullirt, da ein derartiges Experiment den Grund und Boden „entwerthe“. Das Gewerkschaftskartell, das sich schon seit einiger Zeit mit der herrschenden Wohnungsnoth beschäftigt, hat jetzt das Arbeitersekretariat beauftragt, eine Wohnungsequete zu veranstalten.

In Fürth bildete sich ein Hausbauverein, der den Zweck hat, durch Errichtung kleiner Wohnungen dem Wohnungsleiden etwas zu begegnen, das dort kolossal ist. So wurde jüngst in einer Versammlung festgesetzt, daß in manchen, nur aus Stube und Kammer bestehenden Wohnungen mehrere Familien, 20-25 Personen, beisammen wohnen!

Depeschen und letzte Nachrichten.

Budapest, 15. März. (W. Z. B.) Die heutige Märzfeier nahm hier und in ganz Ungarn einen ungewöhnlich großen Umfang an. Vom frühen Morgen an durchzogen Zehntausende festlich gekleideter Personen aller Stände die Straßen der Stadt, die mit Fahnen reich geschmückt waren. Die Läden waren geschlossen. In der hiesigen großen National-Reitschule veranstaltete die Pesther Bürgerschaft eine große Feier, an welcher zahlreiche, den oppositionellen Parteien angehörende Abgeordnete teilnahmen. Die anwesenden Sozialisten brachten in die Feier dadurch einen Miston, daß einer trotz des Widerspruchs des Präsidiums ein gegen Oesterreich gerichteter Gedicht vortrug. Infolge dessen verließen die Notabilitäten den Saal. Im großen Redoutensaal wurde eine Festfeier abgehalten, welche großartig verlief. Eine Sitzung der Ordnung fand nicht statt.

Paris, 15. März. (W. Z. B.) Infolge des Jola-Prozesses ist Adolphe Belbois von dem Raths der Körperschaft der Anwälte für sechs Monate von der Ausübung seiner Thätigkeit als Anwalt suspendirt worden.

Rom, 15. März. (W. Z. B.) Die Deputiertenkammer hat mit 172 gegen 60 Stimmen den Gesetzentwurf betreffend die Unfallversicherung der Arbeiter angenommen.

Lissabon, 15. März. (W. Z. B.) Der Kriegsminister hat beschlossen, die Vertheidigungseinrichtungen des Hafens von Lissabon schleunigst zu vervollständigen.

Washington, 15. März. (Meldung des „Neuter'schen Bureau's“.) Das Marinedepartement beschloß, die Inselgruppe der Tortugas (südlich der Halbinsel Florida) schleunigst zu besetzen. Die Inseln sollen als Basis für Operationen zur See im Kriegsfall dienen.

Kalkutta, 15. März. (W. Z. B.) Oberlieutenant Gaisford, Verwaltungsbeamter im Bezirk Thal-Chotiali (Belutschistan) wurde bei Korak von einem Ghaffi verwundet und ist heute gestorben. Der Mörder wurde verhaftet.

Reichstag.

61. Sitzung, Dienstag, 15. März 1898, 1 Uhr. Am Bundesratsstische: v. Gohler, Fürst Hohenlohe. Auf der Tagesordnung steht die zweite Beratung der Militär-Strafgerichts-Ordnung. § 1 beantragt die Zuständigkeit der Militär-Strafgerichtsbarkeit auf die Militärpersonen des aktiven Heeres und der aktiven Marine;

- 2. die zur Disposition gestellten Offiziere, Sanitäts-Offiziere und Ingenieure des Soldatenstandes;
3. die Studierenden der Kaiser-Wilhelms-Akademie für das militärärztliche Bildungswesen;
4. die Schiffsjungen, sobald sie eingeschifft sind;
5. die in militärischen Anstalten versorgten Invaliden, Offiziere und Mannschaften;
6. die nicht zum Soldatenstande gehörigen Offiziere à la suite und Sanitäts-Offiziere à la suite, wenn und so lange sie zu vorübergehender Dienstleistung zugelassen sind;
7. die verabschiedeten Offiziere, Sanitäts-Offiziere und Ingenieure des Soldatenstandes, wenn und so lange sie als solche oder als Militärbeamte im aktiven Heer oder in der aktiven Marine vorübergehend wieder Verwendung finden;
8. die bei militärischen Untersuchungen amtlich beteiligten Personen.

Die Abgg. Kuer und Genossen (Soz.) beantragen dagegen: „Der Militär-Strafgerichtsbarkeit sind wegen Zuwiderhandlung gegen die Militär-Strafgesetze zu unterstellen:

- 1. die Militärpersonen des aktiven Heeres und der aktiven Marine;
2. die bei militärischen Untersuchungen amtlich beschäftigten Personen.

Die Abgg. Munkel und Bech (fr. Sp.) beantragen, die Ziffer 2 zu streichen und in Ziffer 7 zu setzen: die zur Disposition gestellten und verabschiedeten Offiziere.

Kriegsminister v. Gohler: Die ganze Organisation unserer Armee und die Ursache ihrer Erfolge beruht auf der Einfachheit und Klarheit aller ihrer Einrichtungen, und diese ist auf die Militär-Strafgerichts-Ordnung auch übertragen worden. Das Prinzip ist, daß der Kommandeur die Verantwortung für den Zustand des Truppenheils hat. Er beantragt bei irgend einem Vorwurfe einen Kadeteur mit der Untersuchung des Falles. Von da ab geht das Verfahren, wie bekannt, in der einfachsten und durchsichtigsten Weise vor sich; und diese prozessuale Methode hat vor allem die Erfahrung für sich. Das preussische Verfahren hätte sich zweifellos ohne Schwierigkeit auf das Deutsche Reich übertragen lassen, wenn nicht 1869 Bayern sich eine besondere Militär-Strafgerichtsordnung geschaffen hätte, die sich genau im Gegensatz zu den Grundfäden der preussischen hielt. Ich will diese Gegensatz aber übergehen, zumal Gegensatz zwischen den Heereskontingenten selber nicht bestanden haben. Ledner erinnert an die Leistungen der Bayern im Kriege 1870/71. Wir haben nun in der Kommission ein Resultat erzielt, das nicht zu unterschätzen ist. Ich bedauere deshalb, daß wieder eine Fülle von Anträgen vorliegt, welche die Gegensätze verschärfen. Was sich im militärischen Interesse aus dem bayerischen Verfahren übernehmen ließ, haben wir zugestanden. Wir haben die Mündlichkeit und Oeffentlichkeit im weiten Maße zugestanden. Nur übertritten dürfen diese Prinzipien im militärischen Verfahren nicht werden. Es handelt sich dort nicht um Rebellbater, die man ohne weiteres der Oeffentlichkeit preisgeben soll. Ein schnelles Verfahren, wie es nun einmal im militärischen Verfahren liegt, kann nicht allein auf der Mündlichkeit beruhen; da ist ein gemischtes Verfahren richtiger. Deshalb braucht auch im militärischen Strafprozeß der Verteidigung kein so weitgehender Spielraum gewährt zu werden, wie im bürgerlichen. Die preussische Regierung hält die Kommissionsbeschlüsse für sehr wohl annehmbar. Zum Teil war ihr freilich die Wiederherstellung der Regierungsvorlage erwünscht. Die Abänderungsanträge sind ihr aber zum größten Teil unannehmbar. Deshalb bitte ich die staats-erhaltenden Parteien, sich möglichst auf dem Boden der Kommissionsbeschlüsse zu vereinigen. (Bravo! rechts.)

Abg. Haase (Soz.): Wir stehen dem vorliegenden Entwurf schon aus dem Grunde feindlich gegenüber, weil wir den herrschenden Geist, das gegenwärtige System überhaupt als gefährlich betrachten. In den Medien, die in den letzten Jahren bei Fabianweihen gehalten worden sind, ist immer wieder hervorgehoben worden, daß der Soldat etwas Besseres sei als der gemeine Mann. Damit ist klar bezeichnet die unüberbrückbare Kluft zwischen dem stehenden Heer und dem Volk. Es ist unrichtig, daß das gegenwärtige Heer ein Volksherr ist. Wäre das der Fall, dann müßte der Entwurf ganz anders aussehen, denn die Konsequenz dieses Gedankens müßte dahin führen, daß das gesamte Volk, das Heer und das bürgerliche Volk unter einer einheitlichen Strafgerichtsordnung steht. Unser grundsätzlicher Standpunkt ist in der That der, daß man das Militär unter die bürgerliche Strafgerichtsordnung stellt. Uebrigens erkennen wir sehr wohl an, daß der Organismus des Heeres aufgebaut ist auf der Disziplin, und halten deshalb auch besondere Bestimmungen für Vergehen gegen die militärische Disziplin für nöthig; soweit aber andere Straftaten in Betracht kommen, müssen dieselben von bürgerlichen Strafgerichten abgeurteilt werden. Wir wissen nun natürlich ganz gut, daß unser prinzipieller Standpunkt keine Aussicht auf Annahme hat und haben uns daher darauf beschränkt, im § 1 unsere Forderungen betreffs der Gestaltung des Verfahrens zu formulieren. Unserem Verlangen liegt doch wirklich kein so unflätiger Gedanke zu Grunde. Auch König Friedrich Wilhelm III. betonte am 21. Januar 1868, daß die Militärgerichtsbarkeit beschränkt werden solle auf militärische Verbrechen und Vergehen, also genau dasselbe, was in unserem Antrag zum Ausdruck kommt. Ebenso erklärte am 11. Novbr. 1869 der Abg. Gröber im Namen der Zentrums-Partei, daß die Militär-Gerichts-Ordnung selbstverständlich beschränkt werden müsse auf die militärischen Verbrechen und Vergehen. — Unsere Genossen haben nun aus dem Grunde, den Wirkungskreis der Militärgerichtsbarkeit auf das Mindestmaß zu beschränken, da der Entwurf selbst darauf hinausgeht, die Militärgerichtsbarkeit immer mehr auszuweiten, ja sogar über den Rahmen der gegenwärtig in Preußen geltenden Strafgerichts-Ordnung hinaus. (Hört! hört! links.) Es wird versucht, sowohl Personen, die noch nicht zum Militär eingezogen sind, wie z. B. die Studierenden der Kaiser-Wilhelms-Akademie und die Schiffsjungen, unter die Militärgerichtsbarkeit zu stellen wie auch Personen, die aus dem Militärdienst bereits wieder in das bürgerliche Leben hinübergetreten sind, wie z. B. die verabschiedeten und invaliden Offiziere. Freilich meint der Herr Kriegsminister, daß die Militärgerichtsbarkeit eine so vorzügliche sei, daß niemand daran Anstoß nehmen könne, wenn er ihr unterworfen sei. Wir sind da allerdings durchaus anderer Ansicht. Ich will nur einen Fall anführen, der deutlich beweist, daß wir ein Recht dazu haben. Ein Unteroffizier in Königsberg war im Jahre 1890 zur Uebung nach Tilsit eingezogen. Er hatte sozialdemokratische Zetelungen mitgenommen, um sie in Tilsit an Rauner zu verteilen. Bevor er in die Kasernen kam, erfuhr er jedoch, daß die Uebung nicht in Tilsit, sondern in Insterburg statifände. Er hatte nicht Gelegenheit, die Zetelungen abzugeben, und schloß sie in Insterburg in der Kaserne ein. Einige Nummern gab er dann allerdings auch an Kameraden ab, doch war deren Inhalt durchaus nicht anstößig. Die königliche Staatsanwaltschaft, die zu jener Zeit ganz besonders scharf auf den Inhalt sozialdemokratischer Blätter sah, hatte in ihnen nicht den geringsten Grund zum Einschreiten gefunden. In dem militärischen Erkenntnis heißt es nun aber: „Der Umstand, daß die

Staatsanwaltschaft die Nummern nicht beschlagnahmt hatte, ist für das Militärgericht nicht maßgebend, dieses urtheilt scharfer und ist über den Charakter des Aufreisenden denn doch anderer Meinung als das Zivilgericht.“ — Wenn dies also offiziell anerkannt wird, so haben wir wohl allen Grund, jeder Ausdehnung der Militärgerichtsbarkeit entgegenzutreten, und vor allem zu verlangen, daß wenigstens alle, die nicht mehr direkt im Militärdienst stehen, von der Militärgerichtsbarkeit ausgeschlossen werden. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Kriegsminister v. Gohler: Die vom Redner erwähnten Fälle sind bereits früher eingehend besprochen worden. Das Verbreiten von sozialdemokratischen Druckschriften ist den Soldaten verboten, jede Uebertretung wird eben bestraft. Die Rabinetsordre König Friedrich Wilhelm III. ist allerdings ergangen. Der König hat sich aber später davon überzeugt, daß dieser Weg nicht eingeschlagen werden konnte.

Abg. Bech (fr. Sp.): Der deutsche Juristentag von 1869 hat ausdrücklich anerkannt, daß die bayerische Militär-Strafgerichts-Ordnung ein großer Fortschritt ist. Sollten die von den Konservativen zu späteren Paragraphen gestellten Anträge angenommen werden, so dürfte das Geseh kaum eine große Mehrheit im Hause finden. Meine Freunde bitten, jedenfalls über die Kommissionsbeschlüsse hinauszugehen und die zur Disposition gestellten Offiziere den verabschiedeten Offizieren gleichzustellen.

Generalleutnant v. Viebahn: Man kann vor der Autorität der Juristen die größte Hochachtung haben und braucht doch nicht alles, was sie für gut halten, für die militärischen Verhältnisse richtig finden. Die Offiziere z. B. sind noch vollkommen und mit allen Fasern mit dem Heere verwaachsen, deshalb ist es durchaus am Platze, daß sie den aktiven Offizieren in der Militärgerichtsbarkeit gleichgestellt werden und nicht den inaktiven.

Abg. Wassermann (nall.): Meine Freunde werden gegen die Anträge Kuer und Munkel stimmen und den Kommissionsbeschlüssen zu § 1 beitreten. Im dem mühsam in der Kommission erzwungenen Resultat müssen wir uns so mehr festhalten, da die Militärverwaltung uns dabei entgegengekommen ist. Wir haben zwar nicht alles erreicht, aber doch die gemeinsame Grundlage für ein deutsches Militär-Strafverfahren.

Abg. Gröber (Z.): Meine Freunde sehen in dem Gesehe im ganzen einen Fortschritt und nehmen die Mängel mit in den Kauf, um die Rechtsinheit zu Stande zu bringen. Die Kommission hat im Vollgefühl ihrer Verantwortung sogar einzelne ihrer Beschlüsse erster Lesung in der zweiten wieder preisgegeben, um nicht das Ganze in Frage zu stellen, das in einzelnen Punkten sogar Verbesserungen gegenüber dem bayerischen Verfahren bringt. (Widerrechtlich.) Die Herren aus Bayern befehlen das. Wo haben Sie denn in Bayern die Möglichkeit für den Angeklagten, alle ihm gut schenenden Beweismittel beizubringen? Wo haben Sie in Bayern die Berufung? Ich wüßte, Sie halten die Stellung des Gerichtsherrn für eine Verschlechterung. (Zustimmung.) Aber in Bayern sieht der Gerichtsherr mit im Gericht, er sieht nicht, wie nach der Vorlage, außerhalb des erkennenden Gerichts. Dem Abg. Haase erwidere ich: Auch in der Schweiz und in Frankreich, also in Republiken, besteht eine besondere Militär-Strafgerichts-Ordnung. Das Zentrum hat seine Stellung seit der ersten Lesung durchaus nicht geändert, es hat sich nur auf den Standpunkt der gegebenen Thatsachen gestellt und das bei selte gelassen, worüber, wie bei der Beschränkung der Militär-Strafgerichts-Ordnung auf militärische Thatsachen, doch im Hause keine Einigung zu erzielen gewesen wäre. Wir haben der Regierung nachgegeben und auch die zur Disposition gestellten Offiziere unter die Militärgerichtsbarkeit gestellt, weil es die Regierung im Interesse der Armee für unbedingt erforderlich hält.

Abg. v. Standy (L.): Meine Freunde können den Anträgen Kuer und Bech nicht zustimmen. Schon die Kommissionsbeschlüsse gehen uns zu weit. Die Regierung hätte gar nicht so nachgiebig zu sein brauchen. Wir stehen den Kommissionsbeschlüssen nicht günstig gegenüber, wollen aber weiter mitarbeiten und uns bemühen, etwas zu Stande zu bringen. Ob wir schließlich für das Geseh stimmen werden, können wir heute noch nicht sagen.

Abg. Haase (Soz.): Ich habe mich geflüßentlich auf den § 1 beschränkt und will auch jetzt, trotzdem es von anderer Seite geschieht, nicht darüber hinausgehen. Ich wiederhole, der Abg. Gröber hat sich früher für eine Beschränkung der Militär-Strafgerichts-Ordnung für Militär-Straftathen ausgesprochen und gegen eine Einbeziehung von bürgerlichen Straftathen. Heute sagt er, er hätte sich auf den Standpunkt der gegebenen Thatsachen gestellt, weil dafür doch keine Majorität zu finden gewesen wäre. Ich meine, der Abg. Gröber ist Mann genug, um seine für richtig erkannte Ansicht auch gegen eine Majorität zu verteidigen. Er hätte es um so leichter thun können, als er mit unserer Hilfe für diese seine frühere Ansicht auch eine Majorität hätte erreichen können. Daß uns alle Einrichtungen Frankreichs, obwohl Frankreich eine Republik ist, nicht nachahmenswerth erscheinen, daß wir an eine bourgeoise Republik die Sünde der Kritik ebenso anlegen, wie an den Monarchien, das sollte doch auch der Abg. Gröber wissen. Was aber die schweizerische Militär-Gerichts-Ordnung anlangt, so wäre ich dem Kollegen Gröber dankbar, wenn er mit uns dazu helfen wollte, daß das schweizer Geseh auf Deutschland übertragen werde. Das schweizerische Geseh beschränkt sich inhaltlich auf die gegen die Militärgesehe begangenen Vergehen, auch besteht in der Schweiz eine einheitliche Gerichts-Ordnung für alle Kantone. Der Kollege Wassermann meinte in bezug auf den von mir erwähnten Königsberger Fall, ein solcher Einzelfall beweise nicht. Ich wiederhole, daß Urtheil gegen meinen Landsmann entbehrt jeder Logik. Das Urtheil, was im Falle Viebahn wegen des Dolus eventualis gefällt worden ist, ist geradezu ein Musterurtheil dagegen. Wenn Herr Wassermann die Akten einsehen wollte, würde er mir als tüchtiger Jurist, der er ist, recht geben.

Abg. Bech (fr. Sp.) wendet sich gegen den Abg. Gröber und sucht nochmals die Einwände gegen den freisinnigen Antrag zu entkräften. Herr Gröber hat selbst früher weitergehende Forderungen gestellt.

Abg. Gröber (Z.) verteidigt sich mit dem Hinweis darauf, daß man eine Reform, die einen Fortschritt darstellt, nicht deshalb scheitern lassen dürfe, weil nicht alle Wünsche erfüllt seien. Damit schließt die Diskussion.

In der darauf folgenden Abstimmung werden die Abänderungsanträge Kuer und Munkel gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und freisinnigen Volkspartei abgelehnt; § 1 wird in der Kommissionsfassung angenommen, ebenso § 1a.

§ 1b befagt, daß die Militärpersonen, sofern sie nicht dem Offiziersstand angehören, wegen Amtsvergehen oder Amtsverbrechen, welche sie bei einflussreicher Verwendung im Zivildienste begangen haben, der bürgerlichen Strafgerichtsbarkeit unterliegen. Hierzu liegt ein Abänderungs-Antrag Kuer und Genossen vor, der die Worte „sofern sie nicht dem Offiziersstand angehören“ zu streichen vorschlägt; ferner ein Abänderungsantrag Munkel, der auch die in Friedenszeiten zum Dienste einberufenen Personen des Wehrtaubensstandes wegen der während der Dienstleistung begangenen Zuwiderhandlungen gegen die allgemeinen Strafgesetze der bürgerlichen Gerichtsbarkeit unterstellen will. Beide Anträge werden abgelehnt, § 1b in der Kommissionsfassung angenommen; ebenso § 1c.

§ 2 handelt von den Fällen, darunter Zweikämpfe, in denen die Personen des Wehrtaubensstandes und die denselben gleichstehenden Personen der Militärgerichtsbarkeit unterworfen sind. Ein Antrag Kuer u. Gen. will diesen Paragraphen abgelehnt wissen; ein Antrag Munkel wünscht die Streichung des Absatzes, der die dem Wehrtaubensstand angehörenden Offiziere, Sanitäts-Offiziere und Ingenieure des Soldatenstandes wegen Zweikämpfe mit tödlichen

Waffen oder Herausforderung zu einem solchen und wegen Kartell-tragens dem Militärverfahren unterstellt.

Abg. Munkel (fr. Sp.): Ich stimme ja nun nicht mit dem Abg. Gröber überein, der da sagte: Wo man seine Meinung nicht durchsetzen kann, da geht man mit der Majorität. (Heiterkeit.) Ich kann nicht einsehen, weshalb das Duell anders beurteilt werden solle als andere bürgerliche Vergehen. Diskretion ist gewiß gut, aber in diesen Duellsachen wünsche ich keine Diskretion. Die Offiziere sollen ihr Blut vergießen gegen den Feind aber nicht untereinander. (Sehr richtig.)

Generalleutnant v. Viebahn: Die Militärgerichte urtheilen ebenso streng ab über die Zweikämpfe, wie die Zivilgerichte, die Zweikämpfe haben sich übrigens in letzter Zeit stetig vermindert und deshalb möchte ich das hohe Haus bitten, die Nummer 2 beizubehalten.

Abg. Gröber (Z.): Herr Munkel versteht es, die Worte eines anderen im Munde umzudrehen. Ich habe nicht gesagt, wenn man anders nicht durchsetzen kann, geht man mit der Majorität. Herr Munkel hat mir Muth ausgesprochen zu müssen geglaubt. Er hat nicht einmal den Muth gehabt, in jeder Sitzung der Kommission zu erscheinen und mitzuarbeiten und mir und meinen Parteifreunden die Arbeit allein überlassen. Gaben wir dann Abänderungsanträge gestellt, die Verbesserungen waren, so hat uns der Parteigenosse des Herrn Munkel, Abg. Lenzmann, in den Rücken gestossen. Herr Munkel hat also gar keine Veranlassung, uns Muth zuzusprechen. (Bravo! im Zentrum.)

Abg. Bech (fr. Sp.): Ich muß entschieden gegen die Invektiven, die Abg. Gröber gegen meine Fraktionsgenossen geschleudert hat, protestieren. (Lachen im Zentrum.) Mit Lachen beweist man nicht. (Erneutes Lachen.) Ich habe gegen Lenzmann gestimmt. Was ich aber thue, ist meine Sache und was Kollege Lenzmann thut, ist seine Sache. (Lachen.) Er wird sich, wenn er wieder hier ist, gewiß selbst verteidigen.

Abg. Munkel (fr. Sp.): Ich habe dem Kollegen Gröber keine Veranlassung gegeben, grob gegen mich zu werden. Ich habe eben mit dem General Viebahn auch eine sachliche Differenz gehabt, aber deshalb ist Excellenz Viebahn nicht grob gegen mich geworden. Ich habe zwei Sitzungen nicht betwohnen können, gebe auch zu, daß Kollege Gröber der fleißigste in der Kommission war. (Heiterkeit.) Deshalb der Abgeordnete Gröber nicht für unseren Antrag stimmen will, verweise ich um so weniger, als ja die Regierung durchaus nicht erklärt hat, daß nach Annahme unseres Antrages das Geseh unannehmbar sei. Der Abg. Gröber, dem ich stets höflich gegenüber getreten bin, hat auch am meisten in der Kommission geredet. Es besteht aber oft ein Mißverhältnis zwischen Worten und Gedanken. (Beifall bei den Freisinnigen.)

Abg. Gröber (Z.): Ich dürfte vertieft sein, weil mir Abg. Munkel etwas in den Mund gelegt hat, was ich nicht gesagt habe. Die Regierung, das sind gerade sein Parteigenosse Lenzmann in den Rücken gefallen ist, entspricht nur den Thatsachen. Der von mir angeschlagene Ton war vielleicht zu erregt; was ich gesagt habe, halte ich sachlich anrecht.

Abg. Bebel (Soz.): Ich will mich in den Streit zwischen den beiden Herren nicht einmischen. Als objektiver Beobachter möchte ich allerdings sagen, Herr Gröber konnte sich über Herrn Munkel ärgern, aber zu einer derartigen Erwiderung hatte er keinen Anlaß. Was mich interessiert, ist die Stellung des Zentrums zu dem Antrag. Obwohl mehrere Herren geredet haben, ist die Stellung der Herren nicht klar geworden. Gerade hier handelt es sich um eine Frage, in der die Zentrums-Partei stets klar Stellung genommen hat, die Duellfrage. Gerade hier hat das Zentrum nach seiner ganzen Vergangenheit keinen Grund, nicht mit der Linken zu gehen, um so weniger, als auch nach der wiederholten Provokation durch den Abg. Munkel der Bevollmächtigte der Regierung kein Wort gesagt hat, daß die Annahme des Antrages die Vorlage unannehmbar macht. Das Duell wurzelt in der Armee; könnte es in der Armee beseitigt werden, würde es bald umwühlig sein. Nach Herrn Viebahn sollte man glauben, die Vorlage begünstige die Beseitigung des Duells. Gerade das Gegenteil halten wir für richtig, denn die milden militärischen Strafen sind nicht geeignet, das Duell einzuschränken.

Generalleutnant v. Viebahn: Ich möchte meine Ausführungen von vorn ergänzen und darauf hinweisen, daß auch jeder zur Disposition gestellte Offizier die Ehrenhandeln dem Ehrengerichte untersteht, und wenn er ein Duell begeht, militärisch wegen Ungehorsam gegen eine Rabinetsordre bestraft wird. Es hieße also die Dinge künstlich trennen, wenn nicht die Vorlage angenommen wird. Die Regierung legt auf diese Bestimmung den allergrößten und entschiedensten Werth.

Abg. Spahn (Z.): Die kaiserliche Verordnung läßt uns hoffen, daß das Duellwesen im Heere vermindert werden wird; da andererseits das Strafgesetzbuch für Beseitigung des Duellwesens nicht ausreicht, so sind wir für die Unterstellung unter die Militärgerichtsbarkeit.

Abg. Bebel (Soz.): Wenn die im Strafgesetzbuch angeordneten Strafen nicht anreichen, um das Duellwesen aus der Welt zu schaffen, so sollte das Zentrum dafür sorgen, daß sie verschärft werden. Daß man aber unter Berufung auf eine kaiserliche Verordnung — nicht einmal ein Geseh — die Hoffnung ausreicht, daß das Duell vermindert wird, und deshalb auch Personen des Wehrtaubensstandes dem Militärgerichte unterwerfen will, das steht in so diametralen Gegensatz zu der ganzen bisherigen Haltung des Zentrums, daß ich mich darauf beschränken kann, diese Thatsache lediglich zu registrieren. (Beif. Weisall links.)

Damit schließt die Diskussion. Auf Antrag Munkel findet namentliche Abstimmung statt. In dieser wird der Antrag Munkel gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, der freisinnigen Volkspartei, des bayerischen Zentrums, der Zentrums-Abgeordneten Noeren, Mintelen, Noeren, Radwanitz, des Antisemiten Dr. Förster abgelehnt, und zwar mit 109 gegen 78 Stimmen; das Haus ist somit beschlußunfähig. Die Sitzung wird daher abgebrochen.

Nächste Sitzung: Mittwoch 1 Uhr. (Fortsetzung der heutigen Beratung.)

Schluß 5 Uhr.

Abgeordnetenhaus.

Abend-sitzung vom 14. März.

Die Beratung des Kapitels Elementarschulwesen wird bei sehr schwach besetzten Bänken — namentlich fehlte die Rechte — fortgesetzt.

Abg. v. Seereeman befreitet, daß eine unter rein staatlicher Verwaltung und Aufsicht stehende Schule noch eine christliche genannt werden kann. Redner tritt dann namentlich für Wiederherstellung eines freien Schultages ein, wie er früher in Westfalen bestanden habe.

Minister Boffe erwidert, letzteres sei eine rein schultechnische Frage, die er schon drei, viermal habe untersuchen lassen. Aber selbst seine katholischen Räte hätten ihm versichert, daß auch in Westfalen der freie Schultag nur schädigend wirken würde. Auf das allerdings entschieden weise er den Vorwurf zurück, daß eine staatliche Schule keine christliche sei.

Geb. Nath Brandt verbreitet sich über die schultechnischen Gründe gegen den freien Tag.

Abg. Gerold widerpricht denselben.

Geb. Nath Brandt: Gegen die weiten Entfernungen hilft nicht der freie Mittwoch, sondern nur die Errichtung von Schulen auf dem Lande. (Stufe: Sehr richtig! links.)

Nach einer Auseinandersetzung zwischen dem Abg. Cybergell und Ministerialdirektor Kügler über die Lehrerbefolgungen im Bezirk Nachen wünscht Abg. Volzmann eine anderweite Ordnung der Ferien im Nassauischen.

Abg. Nicker erbittet genauere Uebersichten über die Verwendung der zentralen Dispositionsfonds in den einzelnen Provinzen. Was die Gemeindebeschüsse über die Lehrerbesoldungen betreffe, so wünsch er dem Minister doch bemerken, daß mehrfach die Beschlüsse auch solcher Gemeinden unbefähigt geblieben seien, die durchaus leistungsfähig seien und nicht auf Staatszuschüsse spekulierten. Redner wendet sich sodann gegen das Vorwurfsverfahren an höheren Schulen und verlangt Gleichgültigkeit der Ferien an diesen und den Volksschulen.

Abg. Glomborki (Pole) vernimmt Obstkau-Kurse für die Volksschullehrer, in den polnischen Landestheilen natürlich in polnischer Sprache. (Beifall.)

Geh. Rath Brandt bemerkt, daß das im wesentlichen Sache der landwirtschaftlichen Verwaltung sei, den Obstkau zu fördern. Die betreffenden Kurse seien aber in steter Zunahme.

Abg. Groth (nall.) wünscht eine Vesehleunigung der Gehalts-erhöhung an Mittelschulen.

Vom Regierungsrathe her wird erwidert, daß diese Gehalts-erhöhung im Ministerium völlig erledigt sei, aber erst nach Durchführung des Volksschullehrer-Gesetzes ausgeführt werden könne.

Abg. Nabbul (Z.) führt Beschwerde über die Anordnungen schlesischer Schulbehörden, wonach Kinder zum Messediene nicht die erforderliche Dispensation vom Unterricht erhielten, und das Bestimmungsrecht der Mutter über den Religionsunterricht ihres Sohnes in zwei verschiedenen Fällen, die ganz entgegengekehrt aber zu Gunsten der Evangelischen von demselben Gericht entschieden sind.

Regierungskommissar Ministerialdirektor Kügler behauptet, daß Grund zu Beschwerden wegen des Messediene nicht vorliegt. Die Schulbehörden schaffen auf begründete Beschwerden sofort Abhilfe. In Bezug auf den Religionsunterricht verlassener Frauen liegt eine sehr bestimmte und bisher in allen Fällen aufrechterhaltene Kammergerichts-Entscheidung vor; eine zufällige Entscheidung eines Gerichts I. Instanz kann nicht in Betracht kommen.

Abg. Schröder (Pole) hält seine Behauptung über die Erfolglosigkeit des deutschen Unterrichts bei polnischen Kindern aufrecht.

Morgen (Dienstag): Kleine Vorlagen und Weiterberatung des Kultusetats.
Schluß 10 1/4 Uhr.

47. Sitzung vom 15. März 1898, 11 Uhr.

Am Ministerische: Dr. Wosse und Kommissarien.

Zwei kleine Vorlagen, betreffend ein für Preußen und Sachsen-Meinungen gemeinsames Landgericht in Rudolstadt, und betreffend die Errichtung für Thüringen und Preußen gemeinsamer Schwurgerichte in Gera und Meiningen werden in erster und zweiter Lesung debattelos erledigt, sodann wird die zweite Lesung des Kultusetats fortgesetzt und die gestern abgebrochene Debatte über das Kapitel „Elementarschulen“ wieder aufgenommen.

Abg. Katarz (Z.) tritt früheren Ausführungen des Abg. Wetekamp darin bei, daß durch eine anderweitige Anordnung des Unterrichtsstoffes in verschiedenen Unterrichtsfächern Zeit gespart werden könne, die man zu neuen Unterrichtsgegenständen, so namentlich zur Pflanzkunde, Obstbau, Fischzucht und auch zum Stenographen-Unterricht verwenden könne. Redner wendet sich sodann der Ausführung des Lehrerbefolgungs-Gesetzes zu und bittet namentlich den Minister um ausreichende Unterstützung bedürftiger Gemeinden in Schlesien.

Regierungskommissar Geh. Finanzrath Germer bemerkt, daß es nicht zugelassen werden könne, wenn die von den Gemeinden beschlossenen Lehrerbefolgungen sich, sei es ihrer Höhe wegen, sei es aus anderen Gründen, in Widerspruch setzen mit den Befolgungen für unmittelbare Staatsbeamte.

Regierungskommissar Geh. Rath v. Chappuis bemerkt, daß die Lehrer im Allgemeinen mit den Anordnungen zufrieden seien und bedürftige Gemeinden bereits ausreichend unterstützt werden.

Abg. Dr. Sattler (nall.) empfiehlt die Volksschullehrer in Waldeck dem Wohlwollen des Ministers zu einer Gehaltsaufbesserung und wendet sich sodann gegen die Abg. Danzenberg und Freiberger v. Gexeman, die wieder den Standpunkt vertreten hätten, daß die Schule ein Annex der Kirche sei. Dem könne nicht entschieden genug entgegengetreten werden.

Abg. Dr. Porsch (Z.): Wir verlangen für die katholische Kirche nichts, was wir nicht zugleich für die evangelische Kirche verlangen. Wie da eine Beunruhigung der Protestanten möglich sein soll, ist doch nicht einzusehen.

Ein Schlussantrag wird angenommen und die Titel 1—22 des Kapitels „Elementarschulen“ werden genehmigt.

Bei dem Titel 23 „Schulaufsicht“ wiederholt

Abg. Danzenberg (Z.) seine Wünsche um Einstellung von geistlichen Schulinspektoren in größerer Anzahl.

Abg. Frhr. v. Jedlitz (rel.) tritt diesen Wünschen entgegen.

Abg. Schilling (f.) bemerkt, daß es den Wünschen seiner Freunde nicht entspreche, wenn der Minister die Kreis-Schulinspektoren im Hauptamt anstelle und diese Stellen fast vernehmlich während den Geistlichen diese Stellen im Nebenamt nur selten übertragen werden. Die Konfessionen legen aber gerade Werth auf die nebenamtliche Übernahme des Kreis-Schulinspektors durch den Geistlichen, der hierfür die bestgeeignete Persönlichkeit ist. Es werde mit Bedauern bemerkt, daß diese Wünsche der Konfessionen bisher wenig Beachtung gefunden. In besonderen Fällen wurde gegen die Anstellung der Kreis-Schulinspektoren im Hauptamt auch andersseits nichts einzuwenden sein.

Auf eine Anfrage des Abg. Andree befragt der Regierungskommissar Hofrath Kügler, daß die Erfahrungen mit den seminaristisch gebildeten Kreis-Schulinspektoren durchaus gute gewesen seien. In den letzten vier Jahren befanden sich unter den neu angestellten 63 Schulinspektoren 20 seminaristisch gebildete.

Abg. Im Walle hält den betreffenden evangelischen Schulinspektor für völlig ungeeignet, in einer katholischen Gegend zu funktionieren; er prüfe nach wie vor in religiösen Unterrichtsfächern. (Hört, hört!)

Geh. Rath Barisch: Bisher ist eine Anzeige hierüber nicht erfolgt.

Abg. v. Heydebrand (L.) bittet den Minister, seine weiteren Stellen für selbständige Kreis-Schulinspektoren in den Etat einzustellen.

Die Abg. Hoffmann (nall.) und Lückhoff (L.) bitten um Besserstellung der Kreis-Schulinspektoren in ihren Gehaltsverhältnissen. Abg. Hansen-Oldenbürg (L.) bebauert, daß die seminaristisch gebildeten Schulinspektoren im Gehalt ungünstiger gestellt werden, als die akademisch gebildeten.

Regierungskommissar Geh. Rath Kügler bezeichnet das als unrichtig. Gerade die seminaristisch gebildeten Schulinspektoren würden gleich bei ihrer Anstellung vielfach günstiger gestellt als die akademisch gebildeten.

Abg. Neubauer (Pole) klagt darüber, daß in Posen fast nur evangelische und deutsche Schulinspektoren angestellt werden.

Regierungskommissar Kügler entgegnet, daß sich trotz wiederholter Aufforderungen an die Regierungsbefehdungen keine katholischen Inspektoren nach den östlichen Bezirken melden.

Bei dem Titel „Höhere Mädchenschulen“ treten die Abg. Dr. Friedberg (nall.), Nabbul (Z.), Andree (rel. v.), Dr. Arendt (f.) für die Erhöhung der Gehälter an den städtischen höheren Mädchenschulen ein.

Regierungskommissar Geh. Rath Schneider erwidert, daß die Regierung wenig thun könne, sie müsse sich darauf beschränken, den Gemeinden Vorstellungen zu machen.

Abg. Arendt empfiehlt Staatszuschüsse für bedürftige Gemeinden.

Abg. Dr. Friedberg meint, es werde genügen, wenn die Regierung ihren Einfluss ausübe.

Beim Titel „Für allgemeinen Erleichterung der Volksschullasten 26 700 000 M.“ bebauert

Abg. Dabach (Z.) das Fehlen eines Volksschul-Gesetzes, wodurch in einzelnen Gegenden recht unerträgliche Zustände geschaffen seien; namentlich fehle es in vielen Gemeinden an katho-

lischen Schulen. In Schöneberg, vor den Thoren Berlins, sind 300 katholische Kinder vorhanden, die in die evangelische Schule gehen müssen, weil keine katholische Schule vorhanden ist.

Regierungskommissar Geh. Rath Kügler: In Schöneberg ist eine katholische Schule vorhanden, die sich bis zur vierten Klasse entwickelt hat. Ganz un begründet ist der Vorwurf, es werde für die evangelischen Schulen mehr gethan, als für die katholischen. Im vergangenen Jahre sind 756 katholische und 565 evangelische Schulen errichtet worden. (Hört, hört!) Die katholischen Mitbürger wollen sich versichert halten, daß alles geschieht, um ihre Wünsche zu befriedigen.

Der Präsident empfiehlt Vertagung und Abendung. Frhr. v. Eynatten und Dr. Porsch widersprechen unter Hinweis auf die seit dem 5. Februar ununterbrochen täglich stattfindenden Sitzungen. Die Abg. Graf Limburg, Frhr. v. Jedlitz, Dr. Sattler und Ehrler sprechen für den Vorschlag des Präsidenten, der angenommen wird.

Heute Abend 7 1/4 Uhr: Fortsetzung der Berathung.
Schluß 4 1/4 Uhr.

Kommunales.

Der Stadtausschuß der Stadtverordneten-Versammlung, welcher am Montag Abend unter Vorsitz des Stadtverordneten v. Borstberg Dr. Langemann und in Anwesenheit der Magistrats-Kommission: Kämmerer Maack, Stadtschulrath Dr. Vertram, der Stadtbaurathe Hoffmann und Krause, sowie der Stadtrathe Friedel, Dr. Hiesfort, Bohm, Hübner, Haack, Schäfer, Weil und Selberg eine Sitzung abhielt, genehmigte in erster Lesung den Etat der Hochbau-Verwaltung nach den Vorschlägen des Magistrats. Die zweite Lesung ist bis zum Abschluß der Etatsberatungen ausgesetzt worden, weil beabsichtigt wird, etwaige Abstriche vom Stadthaushaltungs-Etat zur Verstärkung einzelner Bauraten zu verwenden. Die Etats für die Verwaltung der Bureaugebäude, der Geschäftsbedürfnisse und Projektole, der Pensionen und Unterstützungen, für die Gemeinde-Friedhöfe und Zivil-Standesämter wurden unverändert nach den Entwürfen festgesetzt. Beim Wasserwerks-Etat hat der Ausschuß außer einigen Veränderungen bei den Gehältern der Beamten die für Wassermessermiete angelegten 102 800 Mark gestrichen und den Tarif dem entsprechend abgeändert. Gegen die Etats des städtischen Viehhofes, des Schlachthofes, der Fleischschau auf dem Schlachthofe und der Markthallen fand sich nichts zu erinuern, weshalb dieselben nach den Entwürfen genehmigt wurden. Ebenso gelangte der Etat der Hauptkassen der städtischen Werke mit einigen Korrekturen bei den Beamtengehältern zur Annahme.

Die Waisenrath-Versammlungen des V. und VI. Waisenkreises, welche wegen Belegung der zu diesem Zwecke früher gewählten Schulen an den geplanten Abenden durch Vereine, Zünfte u. d. d. abgehalten werden, werden zusammen am 23. März cr. in der Aula der 67. Gemeinde-Schule, Elisabethstraße 19, stattfinden.

Lokales.

Den Mitgliedern des sozialdemokratischen Wahlvereins für den 2. Berliner Reichstags-Wahlkreis zur Nachricht, daß der Vorstand beschlossen hat, seinen Mitgliedern für den geleisteten Monatsbeitrag Februar, der die Prospektur „Zum Jubeljahr der Märzrevolution“ von W. Veltrecht, kostenlos zu verabfolgen. Dieselbe ist von heute ab in allen Zahlstellen zu haben. Ferner werden die Mitglieder gebeten, den § 2 des Statuts zu beachten. Der Vorstand.

Ueber eine neue wunderliche Chrysegen-Affäre wird berichtet: Vor vier bis sechs Wochen hatte sich der praktische Arzt Dr. Mennicke in Finsterwalde niedergelassen, nachdem er seine in Bayern während mehrerer Jahre betriebene Praxis infolge allerlei Anschuldigungen, die er als Protestant in dem ganz katholischen Orte zu erdulden gehabt, hatte angeben müssen. Der Zentrum-Abgeordnete Dr. Heim setzte nun aber in dem bayerischen Landtage seine Angriffe gegen Dr. Mennicke fort, indem er ihn beschuldigte, in seinen Honorarforderungen ungewöhnlich hoch die ärztliche Tage überschritten und durch Einziehung der schuldigen Beträge eine Menge armer Leute von Haus und Hof vertrieben zu haben. Außerdem suchte man von Bayern aus Herrn Dr. Mennicke auch bei den Behörden und den Zeitungs-redaktionen in Finsterwalde zu verächtigen. Dr. Mennicke hatte infolge dieser Ehrenkränkungen dem Dr. Heim, der sich als Reichstags-Abgeordneter gegenwärtig in Berlin aufhält, vorigen Montag durch seinen Kartenträger eine Forderung auf Visiten mit fünfzehn Schritt Distanz und dreimaligem Ringelwechsel zugehen lassen. Als Dr. Heim auf eine wiederholte Forderung abermals Rücksicht machte, begab sich Dr. Mennicke selbst in das Hotel des Dr. Heim, wo er aber nicht vorgelassen wurde. Ueber die weiteren Vorgänge berichtet nun das „Finsterwalder Wochenblatt“ wie folgt: Nach mehreren vergeblichen Aufsetzungen, die Herr Dr. Mennicke im Laufe des Tages machte, des Dr. Heim habhaft zu werden, gelang es ihm endlich in der sechsten Abendstunde, denselben im „Restaurant zum Weihenstephan-Bräu“ in der Friedrichstraße in Berlin zu stellen, wo letzterer mit einem halben Duzend Reichstags-Abgeordneter beim Biere saß. Mit den Worten: „Zeh habe ich meine Satisfaction“, verabreichte Dr. Mennicke dem beleidigten seiner Ehre im Restaurant eine schollende Ohrfeige, worauf Herr Dr. Heim nichts weiter zu erwidern wußte, als einige Schimpfworte. Dr. Mennicke verließ unbehelligt das Restaurant. Damit hat die Angelegenheit allerdings noch nicht ihre endgültige Erledigung gefunden, sondern es dürfte auf die gerichtliche Klage des Herrn Dr. Mennicke auch eine solche von Herrn Dr. Heim folgen. — Wenn dieser offenbar etwas gefährliche Bericht die Wahrheit enthält, so scheint der prägelungste Dr. Mennicke der Behandlung, die ihm von katholischer Seite zu theil geworden, nicht ganz unwürdig gewesen zu sein.

Zwei neue Ärztinnen in Berlin. Fast zu gleicher Zeit haben zwei Ärztinnen in Berlin ihre Praxis begonnen. Den Anfang machte in der vorigen Woche Fräulein Dr. Jenny Springer, Potsdamerstr. 103. Dieselbe ist geborene Berlinerin, besuchte die Luiseenschule und machte darauf das Beherrenexamen. In Zürich wurde sie auf Grund des Berliner Beherrenzeugnisses immatriculiert und legte dort später auch das eidgenössische Staatsexamen ab, welches den Kandidaten für die ganze Schweiz approbirt. Fräulein Dr. Springer läßt sich nieder für Frauen- und Kinderkrankheiten und für Geburtshilfe. — Die andere Ärztin ist Fräulein Dr. Agnes Hader, Kleiststr. 29. Sie stammt aus Königsberg, besuchte dort die höhere Mädchenschule und legte später das Beherrenexamen ab. Zum Theil in Königsberg, zum Theil in Zürich bereitete sie sich auf das Abiturium vor, das sie in Zürich im Frühjahr 1891 ablegte. Im Frühjahr 1896 legte Fräulein Hader dann das eidgenössische Staatsexamen ab. Zuletzt war Fräulein Dr. Hader als Wolontär-ärztin bei dem Gynäkologen Professor Dr. Saenger in Leipzig thätig; sie wird jetzt in Berlin ihre Hauptthätigkeit der Geburtshilfe und den Frauenkrankheiten zuwenden.

Die erste „Schwarze Liste“ der „nicht empfehlenswerthen“ Miether ist nunmehr vom Bund der Berliner Grundbesitzer-Vereine herausgegeben worden. Sie umfaßt 784 Namen, auf etwa 800 Miether je ein „nicht empfehlenswerther“. Es ist bekanntlich auch vom Erscheinen einer Liste nicht empfehlenswerther Hauswirthe die Rede.

Ueber eine recht sonderbare Behandlung beschwert sich ein verunglückter Arbeiter bei der zuständigen Berufsgenossenschaft, auf deren Veranlassung er sich zur Zeit als Patient in einer Privatklinik, Dorotheenstr. 8, befindet. Er giebt an, daß ihn der Krankenwärter Hartwig in mehreren Fällen in außerordentlich grober Weise in den Rücken gestossen habe, und zwar ohne jede Veranlassung.

Der Patient, der ohnehin an empfindlichen Kreuzschmerzen leidet, will infolge der geschilderten Mißhandlungen eine zeitweise Verschlimmerung seines Leidens davon getragen haben. Eine Beschwerde bei dem ärztlichen Leiter der Klinik scheint keine unangenehmen Folgen für den Krankenwärter gehabt zu haben, denn derselbe waltet nach wie vor seines Amtes. Man will es der mißhandelten Patient mit einer Beschwerde an die Berufsgenossenschaft versuchen, in der Hoffnung, daß auf diesem Wege einer Wiederholung derartiger verurtheilenswerther Vorkommnisse vorgebeugt werde.

Vom Polizeipräsidenten ist eine Gebührensatzung für geprüfte Heilgehilfen und Masseure der Stadtkreise Berlin und Charlottenburg ergangen, die am 1. April d. J. in Kraft tritt. Als „geprüfte Heilgehilfen und Masseure“ dürfen sich künftig nur solche Personen bezeichnen, die ein Prüfungsgewuß des Stadtphysikus von Berlin oder Charlottenburg besitzen.

Eine der merkwürdigsten Straßen ist die Bohmühlenstraße. Ein Theil gehört zu Berlin, ein Theil zu Treptow und ein Theil zu Nigsdorf. Postalisch ist die Straße Berlin einverleibt. Die Straße wird dadurch noch merkwürdiger, daß jede der drei Gemeinden auf ihrem Gebiete theils unabhängig von einander eine Nummerierung der Häuser vorgenommen hat. Um den sich hieraus ergebenden Unzuträglichkeiten zu steuern, wollen, wie die „Vossische Zeitung“ schreibt, jetzt die Bewohner der Bohmühlenstraße bei ihren zuständigen Gemeindevorständen um eine einheitliche Nummerierung der Häuser vorstellig werden.

In die Chefredaktion der „Täglichen Rundschau“ wird sich künftig mit dem bisherigen Chefredakteur Kippter der bekannte Exzeßist und nachherige fanatische Katholikensprecher Graf Hoensbroech theilen. Das Blatt behauptet, dadurch an jener ebenso gefühllos betonten wie niemals eingehaltenen „Unparteilichkeit“ nicht zu verlieren. Künftig wird die Zeitung durch den neuen Redakteur sicherlich nicht werden. Finanzielle Gründe sollen die Besitzer des Blattes zur Aufnahme der journalistischen Grafen veranlaßt haben. Bekanntlich hat der Hempel'sche Verlag durch sein verheißenes Experiment mit der längst eingegangenen „Volkshundschau“ sehr erhebliche Summen eingebüßt.

Noch ein moderner Abenteuer. Ein Leser schreibt uns: Am Sonntag Abend begab ich mich mit meiner Frau und meinem 14-jährigen Töchterchen, welches noch die Schule besucht, nach Keller's Park in der Köpenickerstr. 96/97, wo wir auf Verabredung noch zwei Familien traf. Die Damen, unsere Frauen, beschlossen, sich das Schaustreiben der Feiere anzusehen, während wir drei Männer und meine Tochter etwas umher spazierten, um uns dann nach Schluß des Feierns im Schlußhausem Restaurant zu treffen. Wir fanden aber zu unserem Unglück nicht Platz, mithin waren wir nun genöthigt, unsere Frauen vor Keller's Park zu erwarten. Wie wir eine Weile gestanden haben, kommt ein Herr etwas wankend heran und nimmt knapp 2 Schritt vor uns Posten, belästigt uns und namentlich meine Tochter mit furchtbaren Blicken, sodaß wir nicht wissen, was wir sagen sollen. Er mißt den einen Herrn, dann den andern, und das dauert so an 20 Minuten. Da kommt ein Pferdeabwagemann angelaufen; der Schaffner springt hermiter um die Weiche zu stellen; und unser grümmiger Nachbar, der Schlächtermeister Hugo Stou, Marxgassenstr. 84, Hof 4 Treppen bei Schröder wohndhaft, springt zum Schaffner, erzählt dem etwas, dieser schüttelt den Kopf und fährt weiter. Der Herr Schlächtermeister ist wieder neben uns, und durchbohrt uns mit seinen furchtbaren Blicken. Jetzt taucht ein Schuhmann ungefähr 15 Schritt von uns auf, und mein Schlächtermeister geht hin zu ihm. Nachdem sich beide 10 Minuten unterhalten haben, kommt der Schuhmann Nr. 4228 und erklärt mich mitlamm dem Mädchen für schuldig. Wegen öffentlicher Nothzucht an dieses Mädchen.“ So sagt der Herr Schlächtermeister hinzu. Wir waren sprachlos. „So eine junge Berliner Schnepp und Hure läßt schon mit Kerls herum, und diese Kerls wollen denn noch der Vater sein. Und Sie,“ schrie der Schlächter zu meinem Freund gewendet, „Sie verfluchter Berliner Ludwig. Sie kommen auch mit.“ Unter diesen Redensarten ging es also von der Köpenickerstraße nach der Schmidstraße zur Wache, natürlich unter großem Auflauf. Auf der Wache konnte sich der Herr immer noch nicht beruhigen, die Beleidigungen nahmen kein Ende, und meine Tochter schrie und zitterte furchtlich. Nachdem unsere Adressen festgesetzt waren, wurden wir natürlich entlassen und konnten uns nun wieder langsam erholen, denn unsere Aufregung war eine furchtbare. Am Montag begab ich mich noch einmal zur Wache Schmidstraße, um mich zu erkundigen, ob der erste beste Mann das Recht habe, drei unbestrafte ordentliche Leute verhaften zu lassen; der Herr Deutnant erklärte, der Schuhmann habe nur seine Pflicht gethan; ich solle den Schlächtermeister verklagen.

Der Stettiner Fernbahnhof ist gestern Morgen wieder dem Verkehr übergeben und der provisorische Bahnhof in der Invalidenstraße gleichzeitig geschlossen worden. Der Stettiner Bahnhof hat nach seinem Umbau sich wesentlich verändert. Die Bahnhofsgebäude ist um 2 1/2 Meter höher gelegt und das Vestibul bedeutend erweitert. Die Gepäckannahme ist unter dem Bahnhof untergebracht und mit der Halle durch Fahrthüre verbunden. Ebenso sind die Postkammern unterhalb des Bahnhofs errichtet und werden die Postwagen mittels Aufzügen nach den Waggons befördert. Die Halle selbst hat drei Bahnsteige mit vier Geleisen. Die beiden rechten Geleise sind für die Stettiner Bahn, die beiden linken Geleise für die Nordbahn bestimmt. Ein fünftes Geleise läuft auf einem Bahnsteig am Ende der Halle nördlich von derselben belegen, woselbst die Krammerer Züge abgelassen werden. Um mit diesen Zügen mitzukommen, muß man stets mindestens 5 Minuten vor Abgang der Trains zur Stelle sein. Vollständig neu ist ein elektrisches Signalssystem, welches auf dem Stettiner Bahnhof zum ersten Male zur Anwendung kommt. Sobald ein einlaufender Zug das Vorräum vor dem Bahnhof passiert, wird der Zug in der Halle mittels elektrischer Vorrichtung angelündigt, indem auf einer Tafel die Meldung: Zug Nr. ... von ... läßt auf Geleise ... ein, erscheint. Auf das angelündigte Signal wird das Beamtenpersonal durch einen elektrischen Alarmapparat aufmerksam gemacht.

Die Kontrollversammlungen finden in diesem Jahre zum Theil wieder im alten Landwehr-Dienstgebäude am Kaiser Franz Garde-Grenadierplaz statt. Hierhin befehlt d. B. Bezirks-Kommando I Berlin die Landwehr ersten Aufgebots, während die Offiziersaspiranten und die Reserve der Provinzial-Infanterie sich auf dem Hofe des neuen Dienstgebäudes an der General-Papstraße und die Ersatzreservisten in der Kaserne des 2. Garde-Dragoon-Regiments an der Wäckerstraße zu stellen haben.

Unglückliche Liebe und Eifersucht trieben vorgestern Abend ein junges Mädchen ins Wasser. Die 18 Jahre alte Tochter eines Tapezierers aus der Reichendörferstraße hatte mit ihrem Liebhaber einen Besuch des Festung-Theaters verabredet, wartete aber vergeblich vor dem Theater. Der junge Mann hatte es vorgezogen, mit einer anderen ins Theater zu gehen. Als nun die Befehle ihn nach der Vorstellung am Arm einer Nebenbuhlerin herauskommen sah, gesteht sie in die größte Aufregung und stürzte sich in die Spree. Schiffe retteten sie und wollten sie in ein Krankenhaus bringen. Dem widersetzte sich das Mädchen und ließ sich durchaus nicht zurecht. Man brachte es daher auf die Revierwache, wo es bis zur Ankunft des benachrichtigten Vaters wartete. Dieser griff gleich nach dem Verlassen der Wache, schon in Hausflur, zu einem dröcklichen Mittel, um seiner Tochter die Liebes- und Selbstmordgedanken auszutreiben und den verdrehten Kopf wieder zurechtzufügen.

Die letzte Nummer des anarchistischen „Armen Konrad“ ist gestern wegen des sogenannten Vergehens der Gotteslästerung konfiszirt worden. Die Straftat soll begangen sein in einem aus der Halle datirten Briefe.

Ein Banusfall hat sich am Montag Nachmittag in der Kommandantenstraße zugezogen. Der 34 Jahre alte Steinträger Ferdinand Mahn aus der Schulstr. 44 künzte auf dem Grundstück Nr. 14, auf dem ein Neubau errichtet wird, von der Leiter und zog sich schwere innere Verletzungen zu. Der Verunglückte wurde in ein Krankenhaus gebracht.

Die neueste Polizeilicht an dem jungen Krausnick, über welche die "Voss. Zig." am Sonnabend berichtete, soll nach einer in der "Germania" veröffentlichten Darstellung insoweit in völlig veränderten Licht erscheinen, als Krausnick in der That "stimmlos betrunken" gewesen sei. Ob diese Anschuldigung zutreffend ist, wird ja vielleicht aufgeklärt werden. Mag der Fall aber wirklich günstiger für die Polizei liegen, als nach dem Bericht an die "Voss. Zig." anzunehmen war, so trifft diese Behörde immer noch ein schwer belastender Vorwurf. Denn auch ein Betrunkener kann sich eine schwere Krankheit zuziehen, wenn er über einen halben Tag halb angeleidet auf dem Fußboden eines Backofens liegt, ohne daß sich irgend ein Mensch ernsthaft um seinen Zustand kümmert. Daß endlich einmal eine bessere Ordnung der Dinge bei der Polizei einlebe, liegt im Interesse eines jeden Einwohners der Stadt.

Feuerbericht. Montag Abend 11 1/2 Uhr erfolgte Alarm nach Potsdamerstr. 118a, wo Möbel und Gardinen brannten. Dienstag früh 1 1/2 Uhr hatte Gartenstr. 60 die Schaldecke und Balkenlage Feuer gefangen, wodurch das Haus bedeutend beschädigt wurde. Nachmittags 2 Uhr mußte Kochstr. 70/71 ein Schadenfeuer abgeblüht werden, das neben Regalen und Hausgeräthen auch die Balkenlage und Decke stark beschädigte. Kurz darauf war Dönerstr. 4 ein Kellerbrand abzulösen. Ein weiterer Kellerbrand rief die Wehr um 4 Uhr nach Zimmerstr. 50. Kartons, Schuhe und eine Partie Holz wurden hier eingeschert.

Aus den Nachbarorten.

Die Märzfeier in Friedrichsfelde findet am Freitag, den 18. März, abends 8 1/2 Uhr, bei Babe, Prinzen-Allee 30, statt. Soll die Feier des 50jährigen Gedenktages imposant werden, so ist es Pflicht der Genossen, für zahlreichen Besuch Sorge zu tragen. Die Festrede wird Genosse Kohle halten, während durch den Gesangsverein "Vorwärts III" der Feier würdige Gesangs-vorträge zu Gehör kommen. Zur Deckung der Unkosten wird ein Entree von 10 Pf. erhoben. Der Vertrauensmann.

Mit einem glänzenden Siege der Sozialdemokratie haben in Weissensee die gestern erfolgten Wahlen zur Gemeindevertretung geendet. Unser Parteigenosse Gerstenberger erhielt im zweiten Bezirk von 387 abgegebenen Stimmen 207, Genosse Schilling dagegen von 220 Stimmen 187. Im ersten Bezirk hat Stichwahl zu erfolgen, die ebenfalls günstig für uns enden wird, wenn die Arbeiter am Platze sind. Auf unseren Genossen Taubmann fielen hier 152 Stimmen, während der eine Gegner 124 und der andere 45 Stimmen erhielt. Dieses günstige Ergebnis ist um so höher anzuschlagen, als die Gegner alle Saiten springen ließen und auch die Wahlstunden auf die ungünstige Zeit von 11 bis 1 Uhr angelegt waren.

Ein mit großem Geschick vorbereitetes Gauerhüchchen ist vorige Woche einem Berliner Industrieller in Spandau und dem benachbarten Dorf Gatow gelangt. Am Donnerstag traf aus Berlin ein gut gefiederter Mann, Mitte der dreißiger Jahre, in Spandau ein, der bei einem Gastwirt in der Adamstraße eine möblierte Wohnung miethete. Er stellte sich als "Ingenieur Peters" von einer großen Berliner Elektrizitätsfirma vor, beantragt mit der Ausführung des Baues der elektrischen Bahn von Spandau nach Potsdam. An demselben Tage setzte er sich noch mit einem Spandauer Speiteur in Verbindung, durch den er vom Güterbahnhof Material zum Bau eines Lagerschuppens, einer Bahnhofs- und einer anderen lassen wollte. In Gatow, das die geplante Bahn berühren soll, pachtete er ein größeres Grundstück zur Lagerung von Materialen; er verpflichtete den Besitzer auf zwei Jahre zu einem hohen Pachtzins. Am Freitag hatte der Speiteur auch Gelegenheit, einen Posten Bauhölzer von der Bahn nach Gatow schaffen zu lassen; die Ankunft dieser Materialien verschonte ihn jeden Zweifel, und alles war der festen Ueberzeugung, daß der Bahnbau sogleich beginnen würde, denn zu Pfingsten wollte man, wie der Herr Ingenieur erklärte, bereits fahren. In Gatow besonders herrschte große Freude, und der Ingenieur war der Mann des Tages. Da wurden plötzlich in der Sommernacht die Bauhölzer sämtlich wieder abgefahren, und zugleich war der Ingenieur verschwunden, nachdem er sowohl in Spandau als auch in Gatow verschiedene Gewerbetreibende und andere Personen, auch den Besitzer des gepachteten Grundstücks, um Geldbeträge von 100 M. und darüber gepreßt hatte.

Die Parteigenossen von Tempelhof, Mariendorf und Mariensfeld werden auf die Versammlung aufmerksam gemacht, die am 18. März bei Gerth in Tempelhof stattfindet. Es gilt dort, das Andenken der 1848er Kämpfer zu ehren. Jeder Parteigenosse hat am Platze zu sein!

Gerichts-Beifung.

Woywode, der unerbittliche Feind der Arbeitersolidarität. Als einen "Terrorismus ohne Gleichen" bezeichnete der Vorsitzende der neunten Strafkammer des Landgerichts I, Landgerichtsdirektor Hoyer, natürlich das Verhalten des Maurers Gysius Lehmann, welcher sich wegen versuchter Mordthat auf der Anklagebank befand. Als im Herbst vorigen Jahres der Maurerfreilich ausgetrieben war, gab es bedauerlicherweise eine Anzahl

Maurer, welche sich dem Auslande nicht anschlossen. Sie wurden entgangen, wenigstens von ihrem Woywode einen bestimmten Prozentsatz der Streikkommission zugewiesen. Der Maurer Woywode, der sich ablehnend verhielt, will deshalb vielerlei Unbilliges ausgeht gewesen sein. Bald entdeckte er, daß eine böswillige Hand ihm irgend ein Stück Werkzeug verdorben hatte, bald wurde ihm ein Kleidungsstück versteckt oder sonst allerlei Unfug mit ihm getrieben. Wenn er sich bei der Arbeit befand, wurden ihm halbe und ganze Steine in seinen Kalkkasten geworfen, daß der Inhalt umherspritzte. Das Ende war, daß Woywode die Arbeit aufgeben mußte. Unter seinen Begnern soll sich besonders der Angestellte hervorgethan haben, der dem Woywode angeblich gedroht hatte, es werde ihm schlecht gehen, wenn er die Streikenden nicht unterstütze; ihm, dem Angestellten sei es einerlei, wenn er dafür ein Jahr bekomme. Thämen wurde angeeignet. Der Vorsitzende hielt dem Angestellten vor, wie unpassend es sei, wenn er, ein junger lediger Mensch, einen Familienvater, der für die Seinen zu sorgen bestrebt sei, in dieser Weise beeinträchtige. — Als ob ein Arbeiter nicht viel verständiger und besser die Interessen seiner Familie wahrnimmt, wenn er sich einen Lohn zu erringen sucht, der seine Familie vor dem Verhungern schützt, und eine Arbeitszeit, die ihn in den Stand setzt, sich auch einige Stunden des Tages der Familie widmen zu können! Der Angestellte wurde nach dem Antrage des Staatsanwalts zu einer Gefängnisstrafe von drei Monaten verurtheilt.

Wegen Verletzung der Schrift „Der Pommer“ war der Parteigenosse Dunde angeklagt; er sollte sich gegen die §§ 10 und 41 des preussischen Preßgesetzes verhalten haben, indem er ohne polizeiliche Erlaubnis die Druckschrift an öffentlichen Orten vertheilt hätte. Schöffengericht und Strafkammer sprachen ihn jedoch frei. Die Strafkammer stellte fest, daß D. in die Häuser hineingegangen sei und darin die Blätter an die auf sein Klopfen öffnenden Miether abgegeben habe. Eine Vertheilung auf der Straße konnte ihm nicht nachgewiesen werden, dagegen wurde erwiesen, daß der Angeklagte die Thür einer Gastwirtschaft geöffnet hatte und sofort wieder gegangen war, nachdem er ein Exemplar des „Pommer“ auf einen Tisch gelegt hatte. Im Gegenlag zu der Staatsanwaltschaft erblickte hierin das Landgericht zu Stargard kein Vertheilen an einem öffentlichen Orte. Die Staatsanwaltschaft legte noch Revision ein, indem sie sich an den Vorgang in der Gastwirtschaft festklammerte. Die Gastwirtschaft sei unweifelhaft ein öffentlicher Ort, der Vordrucker habe also die §§ 10 und 41 des preussischen Preßgesetzes verkannt, wenn er D. freisprach. Der Strafsenat des Kammergerichts wies indessen die Revision der Staatsanwaltschaft als unbegründet zurück. Es komme gar nicht darauf an, ob die Gastwirtschaft ein öffentlicher Ort sei oder nicht, denn § 10 des preussischen Preßgesetzes sei nicht mehr wörtlich zu nehmen. Nicht nur das Reichs-Preßgesetz, sondern auch § 43 Nummer 5 der Gewerbe-Ordnung habe ihn und seine Anwendbarkeit verändert. Der § 43 der Gewerbe-Ordnung bestimme, daß es zur nichtgewerblichen Vertheilung von Druckschriften oder anderen Schriften oder Bildwerken in geschlossenen Räumen einer behördlichen Erlaubnis nicht bedürfe. Ein geschlossener Raum sei ein Raum unter Dach und Fach, der Gastraum einer Wirtschaft sei also ein geschlossener Raum. Wenn nun D. die Thür einer Gastwirtschaft geöffnet und die Schrift auf einen Tisch im Innern des Gastzimmers gelegt habe, so müsse darin ein strafbares Vertheilen in geschlossenen Räume gesehen werden, da der Angeklagte nicht gewerblich gehandelt habe. Im übrigen seien auch die Bestimmungen des preussischen Preßgesetzes, die das Vertheilen von Druckschriften betreffen, nur insoweit durch das Reichs-Preßgesetz aufrecht erhalten worden, als die Druckschriften Bekanntmachungen und Anträge enthalten oder sich als Plakate darstellen. Die entsprechenden Feststellungen fehlten im vorliegenden Falle.

Ein zwischen dem Grafen von Tiele-Winler und der Gemeinde zu Rodzin angefochtener Streit wegen Auslegung des Einkommensteuer-Gesetzes ist von allgemeinem Interesse. Die Gemeinde verlangte die Steuer von dem Einkommen, welches dem Grafen v. Tiele-Winler aus dem Bergregal von den in der Gemeinde gelegenen Grundstücken zufließt. Der Bezirksausschuß zu Dypeln entschied zu ungunsten der Gemeinde, weil das Einkommen nicht aus Grundbesitz fließt, sondern einen auf einem Hoheitsrechte beruhenden Gebührenden darstellt. Gegen diese Entscheidung legte Rechtsanwaltschaft Sach's namens der Gemeinde Revision beim Ober-Verwaltungsgericht ein, indem er auf die Tendenz des Einkommensteuer-Gesetzes und namentlich auf § 15 hinwies, wonach die außerhalb des Gemeindebezirks wohnenden Personen verpflichtet seien, von allen ihnen zustehenden wirtschaftlichen Vorteilen der Grundstücke, die innerhalb des Gemeindebezirks gelegen sind, zu den Gemeindeabgaben beizutragen, ohne daß hierbei ihre privatrechtlichen Beziehungen zu dem Grundstück von entscheidender Bedeutung seien. Die gleiche Tendenz verfolgte das Kommunalabgaben-Gesetz vom 14. Juli 1893. Das Ober-Verwaltungsgericht unter Vorsitz des Präsidenten Persius verwarf die Revision, indem es ausführte, daß das Einkommen des Grafen v. Tiele-Winler seinen Grund nicht in dem Haben von Grundbesitz in der Gemeinde Rodzin, sondern in dem Besitze des Rechts auf eine Abgabe von dem Bergwerksbetriebe gewisser Bergwerksbesitzer in der Gemeinde hat. Wenn § 13 des Einkommensteuer-Gesetzes vom 24. Juni 1891 als Einkommen aus Grundvermögen

auch solches Einkommen ansetzt, daß dem Steuerpflichtigen aus Grundbesitz in Folge von Berechtigungen irgend welcher Art zufließt, so sei auch nach dieser Bestimmung erforderlich, daß das Einkommen unmittelbar aus Grundstücken zufließt und zwar nicht etwa einem dritten, sondern dem Steuerpflichtigen selbst. In diesem Falle hat aber Graf von Tiele-Winler nicht seinen Grundbesitz zum Bergbaubetrieb wegen Entrichtung des „Zwanzigsten“ verpachtet, sondern erhält diese Abgabe als Gegenleistung für die Verleihung des Rechts auf Gewinnung von Materialien durch Bergbau auf Grundstücken der Beliehenen oder Dritter.

Vom Bürgerrecht der öffentlichen Beamten. Das Ober-Verwaltungsgericht hatte die Frage zu entscheiden, ob ein Beamter, der Stadtverordneter ist, bei seinen Vorgesetzten um Urlaub vorstellig werden muß, wenn er vor Ablauf der Dienststunden in die Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung gehen will. Der Kreis-ausschuß des Kreises Marienburg nahm den Kreis-Kommunal- und Kreis-Sparassassen-Präsidenten C. in eine Disziplinar-Ordnungsstrafe von 5 M. und begründete dies damit, daß C. ohne Urlaub eine Stunde vor Beendigung des Dienstes das Bureau verlassen habe. C. legte Beschwerde ein und machte geltend, er habe in der am fraglichen Tage auf 5 Uhr angelegten Sitzung der Stadtverordneten, zu denen er gehörte, pünktlich erschienen wollen und sei deshalb früher fortgegangen. Auch habe er davon dem Kreissekretär Mitteilung gemacht. Der Landrath und der vertretende Regierungsdirektor seien bei der Meldung nicht zur Stelle gewesen. Der Bezirks-ausschuß wies aber die Beschwerde mit der Begründung zurück, C. habe auf jeden Fall eines Urlaubes bedurft. Nunmehr klagte der Präsident beim Ober-Verwaltungsgericht. Diesmal betonte er, daß er im vorliegenden Falle einen Urlaub überhaupt nicht nötig gehabt hätte. Es müßte ihm die erforderliche freie Zeit gelassen werden, seine durch die Wahl zum Stadtverordneten ihm auferlegte Pflicht zu erfüllen und an den Sitzungen der Stadtverordneten-Versammlung theilzunehmen. Das Ober-Verwaltungsgericht theilte diese Auffassung nicht, sondern führte in seinem Urtheil folgendes aus: Allerdings habe das Gericht früher einmal ausgesprochen, daß öffentliche Beamte in den Fällen seines Urlaubs brauchen, wo sie die Erfüllung staatsbürgerlicher Pflichten zu dem Dienst zu veräumen. Das sei aber bei einer Versammlung wegen Theilnahme an einer Kontroll-versammlung gewesen. Da habe eine Entschließung des Vorgesetzten überhaupt nicht in Frage kommen können, und deshalb die bloße Anzeige beim Vorgesetzten genügt. Anders lägen die Dinge hier. Die Uebernahme des Stadtverordneten-mandats hänge von der freien Entschließung des Beamten ab, denn nach § 74 Nr. 5 der Städte-Ordnung könne der Inhaber eines anderen öffentlichen Amtes die auf ihn gefallene Wahl zum Stadtverordneten ablehnen. Und habe er sie angenommen, dann könne er das Mandat jederzeit niederlegen. Für einen Beamten werde also die Verpflichtung zur Theilnahme an den Stadtverordneten-Sitzungen nicht schon durch seine Wahl, sondern erst durch deren Annahme und nur für die Zeit begründet, während welcher er das Mandat beibehalten wolle. Hiernach sei anzunehmen, daß ein Beamter, der Stadtverordneter sei, zur Theilnahme an den Stadtverordneten-Sitzungen innerhalb seiner instruktionsmäßigen Dienststunden des Urlaubes bedürfe. Trotz dieser prinzipiellen Darlegungen hob das Ober-Verwaltungsgericht die Ordnungsstrafe auf. Es erachtete aus anderen, nicht interessirenden Gründen C. für unschuldig.

In zwei Jahren Gefängnis wurde gestern der Bergingenieur Pötsch verurtheilt, weil er zu ungunsten einer Aktien-Gesellschaft sich Verantwortungen schuldig gemacht und außerdem sich gegen die Kontrollordnung vergangen hatte.

Briefkasten der Redaktion.

Wir bitten, bei jeder Anfrage eine Schiffe (zwei Buchstaben oder eine Zahl) anzugeben, unter der die Antwort ertheilt werden soll.
Die juristische Sprechstunde findet am Montag, Dienstag und Sonnabend von 6 bis 7 Uhr statt.
Wanderl. Berlin. 1. Raum. 2. Die Kandidatenfrage in dem Wahls freie ist meines Wissens noch nicht geregelt. 3. In Wendens, sein Wir-arbeiter unterm Städtchen. 4. Senden Sie uns die Broschüren, wir werden sie Ihnen unentgeltlich entsprechend verwenden.
Tabelle. Um Ueberfüllung einzelner Versammlungen zu verhindern, werden die Referenten für die einzelnen Versammlungen nicht genannt.
E. G. 68. Wir glauben nicht, daß das Bild von Budapest auch zu verwenden ist. Wenn Sie aber an das Generalconsulat in Budapest das Geld senden, wird man Ihrer Bitte sicherlich gerne entsprechen.

Briefkasten der Expedition.

Mehrere Beschwerden darüber, daß die rothe Wärgeltung an verschiedenen Stellen zu 10 Pf. verkauft wurde, veranlassen und zur Erklärung, daß dies aus Irrthum und zum Schaden der Betreffenden geschah; der Preis für die rothe Wärgeltung beträgt 15 Pf., für die weiße 10 Pf.

Wetter-Prognose für Mittwoch, 16. März 1898.
Mild und zeitweise heiter, vielfach wolfig mit etwas Regen und mäßigen südwestlichen Winden.
Berliner Wetterbureau.

Achtung! Bauarbeiter. Achtung!
Am Donnerstag, den 17. März 1898, vormittags 10 Uhr, in Feuerstein's Hof, Alte Jakobstraße 75:
Große Versammlung
der arbeitslosen Bauarbeiter Berlins und Umgegend.
Tages-Ordnung:
1. Die schließliche Entscheidung in der Bauproduktion und die permanente Arbeitslosigkeit unter den Bauarbeitern. Referent Silbermann.
2. Diskussion. 3. Verschiedenes. 30 P.
Um rege Theilnahme sämtlicher arbeitslosen Bauarbeiter ersucht
Die Kommission. W. Nosck.

Orts-Krankenkasse
für das Gewerbe der Tischler und Pianoforte-Arbeiter zu Berlin.
General-Versammlung
der Vertreter der Klassen-Mitglieder und der Arbeitgeber
Donnerstag, den 24. März, abends 8 Uhr,
im großen Saale der Armin-Hallen, Kommandantenstraße 20.
Tages-Ordnung:
1. Abnahme der Jahresrechnung pro 1897 nebst Bericht der Revisoren.
2. Remoat des Mandanten-Stellvertreters. 3. Antrag des Vorstandes: § 13 Absatz 3 des Statuts folgende Fassung zu geben: Im Falle der Erwerbsunfähigkeit vom dritten Tage ab für jeden Krankentag die Hälfte des durchschnittlichen Tageslohns (§ 12) als Krankengeld. 4. § 17 Absatz 2 die Worte zu streichen: Oder durch schuldlose Vertheilung bei Schlägereien oder Raufschlägen oder durch Trunksucht. 5. Zu § 55 Absatz 4 hinzuzufügen: Befreiung der Entscheidung der Revisoren zur Prüfung der Jahresrechnung. 6. Aenderung des § 56 Absatz 4 und § 65 Absatz 1. 7. Antrag der Hilfsarbeiter um Gehaltserhöhung. 8. Verschiedenes.
1387b
Der Vorstand.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Zahlstelle Berlin.
Am Donnerstag, den 17. März, abends 8 Uhr, in den „Arminhallen“, Kommandantenstr. 20:
Beruf-Versammlung der Korbmacher
Tages-Ordnung:
1. Wie stellen wir uns zu den als Lohnrücker in der Gesellschafter-Berufung aufgetretenen Mitgliedern? 2. Berufungsangelegenheiten. 3. Verschiedenes. 78/13
Die Mitglieder der Werkstätten von R. Schmidt & Co., Zimmer, Gebr. Schulz u. s. w. werden besonders eingeladen.
Die Ortsverwaltung.

Schöneberg.
Freitag, 18. März, abends 8 Uhr, im gr. Saale der Schloßbrauerei, Hauptstr. 112-114:
Volks-Versammlung
für Männer und Frauen.
Tages-Ordnung: 1. Die fünfzigjährige Wiederkehr des 18. März und seine Bedeutung für das Proletariat. Referent: Genosse Dr. Borchardt. 2. Diskussion.
202/16
Der Vertrauensmann.

Schriftthauer!
Am Freitag, den 18. März cr., im Lokale des Herrn Hoffmann, Alexanderstrasse 27c:
Oeffenl. Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Tarifangelegenheiten. 2. Verschiedenes. — In dieser Versammlung ist es Pflicht, daß jeder Kollege erscheint, da sämtliche Meister eingeladen sind. 172/7
Der Vertrauensmann.

Fachverein der Holz- und Bretterträger Berlins und Umgegend.
Sonntag, den 20. März, vormittags 10 1/2 Uhr, im Lokal des Herrn Ewald, Schönleinstrasse 6:
Mitglieder-Versammlung
Tages-Ordnung:
1. Vereinsangelegenheiten. 2. Abrechnung vom Radtenball. 3. Aufnahme neuer Mitglieder. 4. Gewerkschaftliches. 84/4
Zahlreichen Besuch erwartet
Der Vorstand.

Achtung! Friedrichsfelde. Achtung!
Freitag, 18. März, abds. 8 1/2 Uhr, bei Babe, Prinzen-Allee 30:
Volks-Versammlung
zur Feier des 50jährigen Gedenktages des 18. März.
Tages-Ordnung:
Vortrag des Genossen Kottke. — Gesangs-vorträge des Gesangsvereins „Vorwärts III“.
Zur Deckung der Unkosten wird ein Entree von 10 Pf. erhoben.
Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht
222/10
Der Vertrauensmann.

Zentral-Krankenkasse der Maurer u. „Grundstein zur Einigkeit“.
Sonntag, den 20. März, vormittags 10 Uhr, in Tabernakel's Salon, Zwickstraße 10:
Außerordentliche Mitglieder-Versammlung.
Tages-Ordnung:
Wahl der Abgeordneten zu der am 31. Mai in Erfurt stattfindenden General-Versammlung und Anträge zu derselben. 140/2
NB. Die Versammlung wird pünktl. 10 Uhr eröffnet. Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt. Die Verwaltung, J. A. Wilt, Garbe.

Achtung, Textil-Arbeiter!
(Hilfste I. Berlin.)
Am Donnerstag, den 17. März 1898, abends 8 1/2 Uhr, bei Wilke, Andreasstrasse 26:
Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Diskussion über die Anträge zur Generalversammlung. 2. Verschiedenes. Um zahlreiches Erscheinen ersucht
Der Vorstand.
Am Sonntag, den 3. April findet im Lokale „Königsbau“ ein Vortrag des Herrn Dr. Weges über „Die Reize nach Epithergen“ in 100 Lichtbildern statt. Billets sind in der Versammlung zu haben. 197/6

Guhhandlung Vorwärts, Berlin SW., Senftstr. 2.

Sieben ist erschienen:

Zum Jubeljahr der Märzrevolution

Von Wilhelm Liebknecht.

96 Seiten 8°. Preis 30 Pfennig. Porto 5 Pfennig.

Bereits im Sommer hatte der Parteivorstand den Genossen Diebsticht mit der Abfassung der Broschüre beauftragt, die nunmehr auf den 18. März von dem Verlag publiziert wird. Die glänzend geschriebene Schrift enthält nicht bloß eine lebendige, eingehende Schilderung der 48er europäischen und namentlich der deutschen Revolutionsbewegung, sondern auch eine kritische Würdigung jener Ereignisse und sie führt zum Schluß die Aufgaben zusammen, welche die deutsche Arbeiterklasse, die zielbewußte Erbin der 48er Vorkämpfer, zu übernehmen von der Geschichte bestimmt ist.

Lichtbilder-Vortrag

heute **Mittwoch, d. 16. März, abends 8 1/2 Uhr,**
im Englischen Garten, Alexanderstr. 27c.

Prakt. Naturheilk. Grundmann.
Spricht über Leber-, Nieren- und Blasenleiden.
Männer und Frauen willkommen. Entree 20 Pf.

Körper- und Naturheilverein
Alexanderstr. 8.
Sprechzeit 11-1 und 6-8. Sonntags 11-12.

Möbel und Holzwaaren, Franz Tutzauer,
Tischlermeister, Berlin SW., Blücherstr. 14.
Som 1. April 1898 ab: N. Brunnenstrasse 152.

Deutsch. Vortier

Deffert- u. Malzkrautbräu 1. Rang.
Brauerei Burgallee, Potsdam,
gegr. 1736, bes. f. Diätetische, Brustkränke,
Weicht, Bohnen,
Nefond, u. d. leicht
bekommt, nahrh.
kräftigste Bier. —
In Blauschild, best.
best. Geschm. u.
Gewichtszunahme
über 14 Pfund
drei, 50 zehn Pf.
erh. In Geb. 1/2,
1/4, 1/8 & Selbst
abz. wechsl. bill.
Allein-Verkaufst.
f. Berlin u. Prov.
Portierkeller
Ringler,
Berlin, Brun-
nenstrasse 152.
Nichtzialenzahl
— Qual. entscheid.

Deutscher Pinscher,
schwarz und gelb abgeleht. (6. W. über jedem Auge ein gelber Punkt) zu entkaufen. Wegen Belohnung abgegeben bei G. Tödter, Wustfauer-Strasse 63. 1354b

Mariendorf Freitag, 18. März, bei Gerth in Tempelhof Tempelhof.

Versammlung des Arbeiter-Bildungsvereins. [12/2]
L.O.: Vortrag des Genossen Faber-Köpenick: Der 18. März. Diskussion. Gäste stets willkommen.

Charlottenburg. P. Fabert, Potsdamerstr. 7. Möbel- und Holzwaaren-Fabrik. Wohnungs-Einrichtungen in jeder Preislage. Theilzahlung gestattet. (45872)

Betten Stand 10,00 bis 80,00, Wand-Damm, 2,35, Bettfed., Bettw., Gard. Isoltb. Bettenhaus Reanderstr. 8.

Musverkauf!

Wegen Abbruch des Hauses Spandauerstr. 30

stehe ich meine enormen **Warenvorräte**, besteh. aus:

Teppichen, Portièren, Gardinen, Divan-, Tisch-Reise-, Stepp-Decken, Läuferstoffen, Möbelstoffen und Plüsch,

alles vorzügliche Qualitäten, zum Teil unter dem **Einkaufspreise**, zum **schleunigen Verkauf.**

Der geehrten Tamentwelt bietet sich hier Gelegenheit, zum **Umzug** ihren Bedarf vortheilhaft zu decken.

J. Adler, Teppichhaus, Spandauerstr. 30, vis-à-vis dem Rathhause.

Günstige Gelegenheit für Wiederverkäufer, Hotels und Pensionate.

Billigste Quelle für tonreine, klangvolle Pracht-Zithern

in Prim . . . von 6,60
in Konzert . . . 8,75
in Elegie . . . 10,-
in Streich . . . 7,75
in Konzert (Harfenkopf) . . . von 12,60
in Konzert (Arion) v. 25,-
in „ (Harfenzithern) v. 27,-
bis zu der allerfeinsten eleg. Ausführung. Doppel-Polissand mit vergold. Mechanik und Perlmutter-Wirbel.

Arion-Harfen, Konzert-Zither mit Rippen-Resonanz wie Pianoforteboden.

Grösste Neuheit, Grösste Tonfülle, hocheleg. Ausfahr. M. 75,- in echt Polissand 82,50 m. reich vergr. Mechanik mit Perlmutter-Wirbel.

The Lowendall StarWorks L. Löwenthal, Gegr. 1866. Musik-Instr.-Fabrik, 121, Reichenbergerstr. 50. Hof, Fabrikgebäude, 2 Tr. Elektr. Bahn passirt meine Fabrik. 15 Pf. Fahrgeld-Vergütung. Time is money.

Möbel.

Rollende Gelegenheit für Brautleute: Schränke 2 sollen viele Wohnungs-Einrichtungen, gebrauchte und neue Möbel zu sehr billigen Preisen verkauft werden. Einrichtungen schon von 150 bis 300 R., hochherrschaflich 500 bis 2000 R., Ruhbaum- und Mahagoni-Riecherstühle, Bettstücken, Federbetten, Kissen 25, Spiegel 10, Rückenstühle 18, Bancet-sophas 20, Trumeaux 50, Couffentische, Buffets, Salonarmaturen 75 an, Schreibtische, Garderobenstühle, Gasse-lounges. Niemand sollte veräußern, wer gut u. reell kaufen will, durch Beschützung meiner Möbel von der Billigkeit sich zu überzeugen. Theilzahl. gestattet.

Berichtigung.

In dem Bericht der Genossenschafts-Tischlerei „Ostend“, Remelerstr. 9, vom 13. d. M. muß der Name des Kassiers nicht Kemp, sondern **Hemp** heißen, außerdem liegt die Bilanz nicht Ostendstr. 3, sondern Remelerstr. 9 in unserem Komptoir den Genossen zur Einsicht aus.

Der Vorstand.

Verikum. Sedanstraße, Schöneberg.

Wer im Sommer vor Wangen abfahren will, besprache jetzt zur Brutzeit die Reiter mit „**Concentr. Wangen-Fluid**“. Gefährlich geschädigtes Spezialmittel zur sofortigen und gründlichen Ausrottung d. Wangen mit sämmtl. der Brut. Unfehlbare, dauernde Wirkung. Dankschreiben aller Länder. Unter Garantie fl. 50 Pfg., 100, 2,00, 3,00, 10,00, 20,00, 50,00, 100,00, 200,00, 500,00, 1000,00. Spritzapparat 50 Pfg. Nur allein bei **Otto Reichel, Eisenbahnstraße 4, Amt IV, 3190. Sonst nirgend!** Jede Bestellung frei Haus. Auswärts durch die Post. Warne vor Nachahmungen.

Arbeitsmarkt.

Farbigem, Berlin u. Verfolgerin v. Bienerstr. 57a. 13426

Farbigenmacher G. Ruthenberg, verlangt 13426

Fatzfedern. Junge Mädchen zum Lernen bei dreimonat. Lehrzeit u. sofortigen Gehalt verlangt 12129

Adolf Rosen, Gertraudenstr. 23. Bader verlangt G. Ruthenberg. 13555

Schraubendreher gesucht Röhle, Kottb. 1.

Marton-Arbeiterinnen sofort gesucht 13618

Max Richa, Kopenstr. 60. Einen tüchtigen **Bildrahmenmacher** verlangt Golt, Alvenslebenstr. 22.

Tüchtige Farbigemacher werden verlangt bei 13656

Neumann, Hennig & Co., SO. Reuggöfstr. 21.

Chrono-Lithographen, tüchtig, sofort gesucht. Reisevergütung. **Michael & Lieschke, Halle a. S., Große Märterstraße 14.**

Allen Freunden, Genossen und Kollegen meines Mannes

Karl Kühne

die traurige Nachricht, daß derselbe am 13. d. Mts. gestorben ist. Die Beerdigung findet heute Nachmittag 4 Uhr vom Trauerhause, Schönhauser-Allee 71 aus, nach dem Gethsemane-Kirchhof in Nieder-Schönhausen statt.

Die trauernde Wittve:
Frau Hulda Kühne.

Verband aller im Handels- und Transportgewerbe beschäftigten Hilfsarbeiter Berlins.

Bureau: Kommandantenstr. 25 I.

Unseren Mitgliedern die traurige Nachricht, daß am 13. d. Mts. unser langjähriges Mitglied

Karl Kühne

an der Prostetierkrankheit nach langen Leiden verstorben ist. Die Beerdigung findet heute Nachmittag 4 Uhr vom Trauerhause, Schönhauser-Allee 71 aus, statt nach dem Gethsemane-Kirchhof in Nieder-Schönhausen. Wir verlieren in dem Verstorbenen einen treuen Freund und Mitarbeiter, welcher bis zum letzten Augenblicke für die Organisation gekämpft hat.

Ehre seinem Andenken!
Um rege Theilnahme ersucht
75/5 **Der Vorstand.**

Nachruf.

Am 1. März verschied im besten Mannesalter von 38 Jahren unser seit acht Jahren thätiges Mitglied

Hermann Hensecke.

Derselbe war ein stets gern gesehenes Mitglied. 13599

Ehre seinem Andenken.

Der Handklub „Sudan“.

Kränze, 44082*
Guirlanden empfiehlt **F. Jacobitz, Kopenstr. 46.**

2 Vereinszimmer sofort zu vergeben. **Paul Zimmermann, 42042* Kottb. 8, 6te.**

Umzugs halber **Muschelmöbel** (spottbillig) Rosenhalestr. 4 III, links.

Ein **Kinderwagen** zu verkaufen, Stargarderstr. 12, Qu. I bei Pange.

Germania-Fahrrad verl. billig Grüner Weg 35, Quigeisstr. 13505

Kinderwagen, gebraucht, zu verkaufen, Wiesenstr. 4, d. 3 Tr. 13526

Gasmotor, 2 HP und darüber, wie neu! Im Betriebe zu beschäftigen Große Hamburgerstr. 22. 13598

Spittelmarkt 16/17. Hamburger Engros-Lager

A. Jandorf & Co.

Mittwoch, den 16. März, Donnerstag, den 17. März, Freitag, den 18. März.

Schlafdecken, Baumwolle, karrirt, Stück Mk. 2,50, 1,80

Plättdecken, ca. 100/150 cm, mit roter Bordüre, Stück Mk. 1,05, 0,90

Steppdecken aus farbigem Wollsat, Stück Mk. 5,00, 4,00

Scheiben-Gardinen, weiss u. crème, Meter 45 Pf., 27 Pf.

Gardinen, weiss und crème Meter 55 Pf. 42 Pf.

Gardinen, abgepasst, weiss und crème, Fenster 2 Shawls Mk. 4,00, 2,00

Gardinestangen, imitirt Nussbaum, Stück 65 Pf., 45 Pf.

Holz-Rosetten mit Stifft Stück 18 Pf., 8 Pf.

Wachstuche und Wachstuchdecken in grosser Auswahl.

Damen-Umlegekragen, weiss, in schmal und breit, Stück 23 Pf.

Damen-Umlege-Manschetten Paar 35 Pf.

Damen-Cravatten, neue Form, schottisch und einfarbig, Stück 60 Pf.

Futterstoffe.

Baumwoll-Futter-Moiré, schwarz und in sämtlichen Kleiderfarben Meter 30 Pf.

Rouleaux-Stoffe. Weiss Schirting.

ca. 82/84 cm	ca. 98/100 cm	ca. 110/112 cm
Meter 30 Pf.	35 Pf.	40 Pf.

Crème Croisé,

ca. 82/84 cm	ca. 98/100 cm	ca. 112/115 cm	ca. 128/130 cm
Meter 42 Pf.	50 Pf.	63 Pf.	75 Pf.

Crème Cablé, gestreift,

ca. 82/84 cm	ca. 98/100 cm	ca. 128/130 cm
Meter 48 Pf.	60 Pf.	85 Pf.

Grosse Bett-Bezüge aus starkfadigem Hemdentuch, gute Qualität, solide gearbeitet.

Kopfkissen zum Knöpfen Stück 75 Pf.

Deckbetten, 1 1/2-schläfrig Stück 235 Pf.

Damen-Unterröcke.

Alpaca mit 3 Volants 220 Pf.

Alpaca mit 5 Volants 265 Pf.

Moirée in allen Farben 310 Pf.

Schuhwaaren.

Damen-Rossleder-Hauschuhe mit Absatz Paar Mk. 2,75

Damen-Knopf- oder Schnürschuhe Paar Mk. 5,25, 3,25

Damen-Knopfstiefel Paar Mk. 9,25, 8,00, 7,50

Mädchen-Rossleder-Knopfstiefel

Grösse 25-27	28-31	32-35	36-42
Paar Mk. 2,80	3,30	3,00	6,00

Knaben-Rossleder-Schnür-Stiefel

Grösse 25-26	27-30	31-35	36-42
Paar Mk. 3,00	3,60	4,40	5,80

Pantoffel für Damen 60 Pf. 40 Pf.

„ „ Kinder 25 Pf.

Schmuckhaarnadeln, Carton 1 Dutzend 8 Pf.

Schuhanzieher Stück 5 Pf.

Teppichband, schwarz Meter 7 Pf.

Cravattenhalter Stück 2 Pf.

Celluloid-Haarnadeln Stück 3 Pf.

Versammlungen.

Eine allgemeine Gewerkschafts-Versammlung, in der die in einer gleichen am 6. März abgehaltenen Versammlung begonnene Diskussion über die Stellung der Arbeiter zu den aus Anlaß der Tarifgemeinschaft unter den Buchdruckern entstandenen Streitigkeiten fortgesetzt wurde, tagte am Montag in den „Arminhallen“ und war von etwa 50 Personen besucht. Es sprachen die Buchdrucker Hoch, Kähler, Sabjahn, Arendsee und Bachan, ferner Buchbinder Bär, Handelshilfsarbeiter Schulz und Wäschereischneider Koppmann. Die Buchdrucker besprachen zum theil mit großer Ausführlichkeit das Wesen der Tarifgemeinschaft, sowie den Verlauf der in Folge derselben in ihrem Verbandsverbande entstandenen Opposition und die Ausschließung der Opponenten. Sie betonten, daß sie nicht die Einführung von Tarifen an sich bekämpfen, sondern nur die Tarifgemeinschaft, d. h. die Einrichtung, welche Gehilfen in Gemeinschaft mit Prinzipalen zu Nichtern über Durchführung und Auslegung der Tarifbestimmungen einsetzt, und welche — da beide Parteien im Tarifamt und Ausschuss in gleicher Stärke vertreten sind — es mit sich bringt, daß Anträge, die zu gunsten der Gehilfen gestellt sind, mit Stimmengleichheit abgelehnt werden. Diese Tarifgemeinschaft und die Festlegung auf lange Jahre verstoße gegen die Prinzipien der modernen Klassenbewußten Arbeiterbewegung; daher hätten auch die Arbeiter anderer Berufe, soweit sie auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung nicht mehr vertreten, und daß er namentlich mit dem Ausschluß derjenigen Mitglieder, welche die Maßnahmen des Vorstandes kritisieren, gegen die demokratischen Grundsätze verstoße. Der Kampf, den die Tarifgemeinschaftsgegner gegen den Verbandsvorstand führen, sei ein Kampf des sozialistischen Gedankens gegen die Harmonie-

buselei, den die Klassenbewußten Arbeiter aller Berufe in ihrem eigenen Interesse unterstützen müßten, denn auch in den anderen Gewerkschaften werde sich — wie Töpfer Thiene in der vorigen Versammlung richtig bemerkt habe — einmal ein ähnlicher Kampf abspielen. Bedauernd wurde es, daß der Ausschuss der Gewerkschafts-Kommission es ablehnt, sich an diesen Versammlungen zu beteiligen, ferner wurde der „Vorwärts“ kritisiert, weil er in der Frage des Buchdruckerkonflikts eine andere Haltung einnehme, wie die „Leipziger Volkszeitung“ und die meisten sozialdemokratischen Zeitungen und weil er seine Leser nicht unterrichte über die Gefahr, die den Arbeitern droht, wenn der Klassenstandpunkt so verleugnet werde, wie es der Verband der Buchdrucker thue. — Die Redner aus anderen Berufen stimmten den Buchdruckern im Allgemeinen zu, namentlich hielten sie es für wünschenswert, daß sich sowohl die Gewerkschaftskommission, wie auch die Arbeitererschaft mit der vorliegenden Angelegenheit befasse und Stellung zu derselben nehme. Es gelangte eine Resolution zur Annahme, die sich mit der am 6. März beschlossenen deckt, und eine andere, welche lautet: Die Versammlung erkennt den aus dem Verbandsverbande ausgeschlossenen und jetzt außerhalb desselben organisierten Buchdruckern das Recht der Vertretung in der Berliner Gewerkschaftskommission zu.

Eine öffentliche Schuhmacher-Versammlung fand am Montag in Meißel's Restaurant, Weberstraße, statt. Ueber die augenblickliche Lage des Streiks berichtet Herrmann. Aus seinen Ausführungen ist ersichtlich, daß im Laufe der letzten Woche sich eine Anzahl Abtrünniger gefunden habe. Es sei zu bedauern, daß es sich hier nicht um gewöhnliche Arbeitswillige handele, sondern vielmehr um Personen, die den Kollegen gegenüber fest versprochen hätten, treu an ihrer Seite auszuhalten. Einige hätten sogar so lange gewartet, bis sie die erste Streikunterstützung erhalten hätten, um dann sogleich am folgenden Tage die Arbeit wieder aufzunehmen. Nach der allgemeinen Stimmung jedoch zu urtheilen, seien die Aussichten jetzt für die Arbeiter um ein bedeutendes günstiger. Auch die finanzielle

Lage sei eine vorzügliche; von allen Seiten strömen Unterstützungen herbei. Wenn man weiter fest und geschlossen vorgehen würde, so müßte sich bestimmt schon in den nächsten Tagen ein Erfolg zeigen. — An der sehr lebhaften Diskussion beteiligten sich Nowack, König, Hildebrand, Fellnic, Koch und Krause. Sämmtliche Redner sprachen sich über den günstigen Stand des Streiks aus, ermahnen zum festen Zusammenhalten und protestieren gegen das Vorgehen der Behörden. Nowack giebt Einzelheiten aus den augenblicklichen Verhältnissen an und verlangt für die Kosten der Streikenden das gleiche Recht, wie für die unbehelligt bleibenden analogen Maßregeln der Unternehmer. König verliest ein Flugblatt der Schuh- und Lederindustriellen, wonach Ausnahme und Entlassungsrecht den Unternehmern allein angeschlossen ist; jedoch sollten in den Arbeiter-nachweisen auch Arbeiter sich und Stimme gewährt werden. Im übrigen stellt er folgende Resolution: „Die heute hier tagende Schuhmacherverversammlung erklärt die Aeußerung des Polizeipräsidenten durch die Presse, wonach die streikenden Schuhmacher mit „Klotz“ bezeichnet wurden, für eine schwere Ehrverletzung. Die Versammlung stellt daher an den Polizeipräsidenten das Verlangen, die angebliden Vergehen streikender Schuhmacher zu beweisen oder die Beleidigung öffentlich zurückzunehmen.“ — Diese Resolution wird einstimmig angenommen. Im Verschiedenen wird mitgeteilt, daß dank der guten finanziellen Lage die Streikunterstützung für die nächste Woche um eine Mark erhöht werden könnte; man hoffe bei guten Unterstützungen die Wochenrate auch noch weiter erhöhen zu können, falls sich der Ausstand noch weiter in die Länge ziehen sollte. Ein Antrag, am 18. März einen Kranz auf dem Friedhof im Friedrichshain niederzulegen, wird einstimmig angenommen.

Kandemannschaft der Schleswig-Holsteiner. Heute Abend 8½ Uhr in G. Feuerstein's Gehilfen, Alie-Jahresstr. 75: Versammlung. Der Berliner Arbeiter-Berein hält am Donnerstag, den 12. März, abends 8 Uhr, in Feuer's Gehilfen, Kappelerstr. 29, eine öffentliche Versammlung. Betheile des Herrn Professor Cuidde's München über: „Das Vermächtniß der Märzgefallenen“.

Proben und Preislisten portofrei.

Mittwoch, Donnerstag, Freitag

Versand-Abteilung Berlin W., Leipzigerstr. 132/133.

Tapiserie - Artikel

vorgezeichnet:

- Tablette-Decken, mit Fransen 20 u. 30 Pf.
- „ „ mit Hohlsaum 25 u. 30 Pf.
- Küchen-Handtücher weiss 58 Pf., 1,15 M.
- „ „ grau 60 Pf., 1,30 M.
- Stuben-Handtücher 70 Pf., 1,20 M.
- Besen-Handtücher 1,55 u. 2,10 M.
- Bestecktaschen 1,20 u. 1,45 M.
- Plaidhüllen, grau 1,15, braun 1,40 M.

Handschuhe

für Damen:

- Schwedisch, imitiert 33 Pf.
- Halbseide, farbig, u. schwarz 60 Pf.
- Glacé, farbig, mit Raupen, 4 Kn., Gr. 5½ bis 7½ 1,20 M.
- Ziegenleder, schwarz, 4 Kn., Gr. 5½ bis 6½ 1,75 M.

Herren-Glacé

„Derby“-farbig, gesteppt, 2 Knöpfe, Gr. 7 bis 9 1,75 M.

Tapiserie - Artikel

vorgezeichnet:

- Schirmhüllen, grau 80, braun 85 Pf.
- Wandschoner 70 Pf., 1,25 M.
- Küchentisch-Decken, 90 Pf., 1,40 M.
- Stopfbeutel 65 Pf.
- Marknetze 85 Pf.
- Tischläufer 95 Pf., 1,65 M.
- Staubtuchtaschen 70 Pf.

Warenhaus A. Wertheim

Heinrich Hennes

1 Treppe 54 Alexander-Strasse 54 1 Treppe

Waarenhaus für Gelegenheitskäufe.

Täglich treffen jetzt grössere Partien ein in: Kleiderstoffen, Seidenstoffen, Leinenwaaren, Tischzungen, Wäsche, Blumen, Bändern, Spitzen, Sonnen- und Regenschirmen, Handschuhen, sowie Unterröcken in Leinen, Alpaca, Seide und Moiré und empfehle solche zu meinen bekannt billigsten Preisen.

Zum bevorstehenden Umzuge mache ich auf große und sehr preiswerthe Posten in Teppichen, Gardinen, Stores, Portièren, Schlaf- und Steppdecken, Möbel-Plüschchen ganz besonders aufmerksam.

Anzüge nach Maß für Herren u. Knaben. Größte Auswahl in in- und ausländischen Stoffen für Paletots, Anzüge, Reinkleider etc. werden unter Garantie des guten Sitzes zu überaus billigen Preisen schnellstens angefertigt im Tuchgeschäft bei A. Karle, Waldemarstr. 66.

Möbel, Spiegel u. Polsterwaaren reell, zu soliden Preisen, empfiehlt H. Sirelow, Tischlermstr. Rixdorf, Richardstraße 116, am Denkmal. Nähmaschinen, 12905 Krona, Adler, Schmalhäuser, Ringschall, Systeme, Theilzahl, Wrangeistr. 118.

Bereinen und Gesellschaften empfehle mein auf das beste renovirte Lokal, Saal und Schattiger Garten mit Theaterbühne, 2000 Personen fassend, zu Sommerfestlichkeiten jeder Art jeden Tag sowie auch Sonntag. Julius Wernau, Gastwirth, Schwedterstr. 23/24. Fernsprecher. Täglich von 7 Uhr morgens bis 6 Uhr abends: Verkauf frisch gef. schw. perl. und finn. Fleisches. Rindfleisch pro Pfd. von 30 Pf an, Schweinefleisch 40 Pf. 140411* Verwaltung der Kochanstalt Stadt. Schlachthof

Margarine kaufen Sie für 60 und 65 Pf. 4 Pfund hochfein und frisch (44202) Markthalle Dreßdenerstr., Stand 200-201, und Plan-Wer 96, a. d. Kottbuser Br. H. Bothe (Gegr. 1884.) Versandt nach allen Stadttheilen. **Wilkfädel,** Rannen, Saiten, Buttermaschinen 445L* Jordan, Al. Marusstr. 28.

Röhre v. 2 Mark event. Theilzahlung. Olga Jacobson, Invalidenstr. 146. **Dr. Simmel** Moritzplatz, Haus v. Aschinger 2 Treppen rechts, Spezialarzt f. Haut u. Haareiden, 10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4. Betten, Steppdecken, Wäsche, Gardin, Portièren, Uhuateloan, Tischdeck, Regal, Sommer-Paletots, Anzüge, Golen, Remontirade, Reifeoff, Sperrgläser, portobillig Pfandleibe Reanderstr. 6.

